

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work



Frauenstreik: Milliardärin Martullo-Blocher droht. Seite 7

Lohndumping
Unia-Frau
Christa Suter
brachte den
grössten Fall
ins Rollen



**Sie
stoppte
Goger**

Die Chronologie eines Skandals.
Das sagen die Polizeiprotokolle.
Die Heldin der Arbeit erzählt.

Seiten 2-3

**Vania Alleva:
Rechte Angriffe**

Die Unia-Chefin über
Arbeitsbedingungen
und Europapolitik. Das
Interview. Seiten 4-5



**EU: Die soziale
Frage ist zurück**

Oliver Fahrni über
Auffälliges bei den
Europawahlen. Die
grosse Analyse. Seite 9

**Gib mal
Ruhe,
Chef!**

Mails und Anrufe
während der Freizeit:
Das geht und das
nicht. Der grosse
Ratgeber. Seiten 14-15



workedito
Marie-Josée Kuhn

BLOCHERS: NOCH EIN STREIKGRUND

Ganz de Bappe ist Ems-Chefin Magdalena Martullo-Blocher ja nicht nur äusserlich, sondern auch, wenn es um die Gleichstellung geht. Nämlich dagegen. Sie ist gegen Frauenquoten in den Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen von Firmen. Gegen einen Vaterschaftsurlaub. Und dagegen, dass der Bund Krippenplätze mitfinanziert. Jetzt poltert die Multimillionärin auch noch gegen den Frauenstreik am 14. Juni: «Alle unsere

Martullo-Blocher poltert gegen den Frauenstreik.

Mitarbeitenden, ob Mann oder Frau, haben am 14. Juni sicher anderes zu tun, als zu streiken», meint sie. Und droht den Gewerkschaften bei Streik mit der «Kündigung des Kollektiv-Arbeitsvertrags». Herrlibergig halt, wie ihr Daddy. Dieser kämpfte schon 1985 gegen das neue Eherecht. Und für die Beibehaltung des Ehemannes als Befehlshabers der Familie. Und seine Partei stellte sich gegen den Gleichstellungsartikel, die Mutterschaftsversicherung und die automatische Strafverfolgung von Ehemännern, die ihre Ehefrauen vergewaltigen. Während einzelne Parteisoldaten gleichzeitig gegen die Gleichstellungsbüros Sturm liefen und laufen. Alleine das Büro der Stadt Zürich wollte die SVP 2002, 2003, 2007, 2009, 2017 und 2018 mit Vorstössen abschaffen oder schrumpfen.

FAMILIENSAGA. Und Silvia Blocher? Was sagt sie eigentlich zur Sache der Frau? Für Mutter Blocher war es nur selbstverständlich, dass sie ihren Beruf an den Nagel hängte und «mein Mann das Geld nach Hause bringen würde». Das wissen wir, seit sie 2007 in der «Weltwoche» ein bisschen Familiensaga plazierte und Mitleid mit den «Staatskindern» bekundete. Also mit den (vom Staat unterstützten) Kinderkrippen-Kindern. Und ihren werktätigen Müttern, «die gehetzt vom Büro zum Kinderhort, zum Elternabend, zum Kochen, zur Erziehungslektüre hetzen». Wo doch «im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland!». Also blieb Silvia Blocher am Herd und führte fortan ihren Mann von dort aus. Wer jetzt denkt, diese göttliche Ordnung der Geschlechter gelte auch für Tochter Martullo-Blocher, irrt gewaltig. Denn die Ems-Chefin engagierte eine Nanny plus eine Haushaltshilfe. Auch das wissen wir von Mutter Blocher. Diese verrät uns übrigens auch, wie diese Lebensform am besten gelingt. Das Geld «für eine allfällige fremde Hilfe» im Haushalt dürfe einen einfach «nicht reuen», schrieb sie ebenfalls im SVP-Blatt. **Und die Moral aus dieser Goldküsten-Geschicht?** Es gibt unendlich beste Gründe, am 14. Juni zu streiken. Das zeigen eine Fotografin, eine Hebamme und eine Kirchenfrau in diesem work (Seite 7). Die Blochers aber, die sind definitiv ein Grund obendrauf.

Gipser Goger zahlte lieber Anwälte als faire Löhne Klagen und Strafanzeigen à gogo

Kurt Goger wollte seine Kritiker mundtot machen und die Gerichte zermürben. Fast wäre es ihm geglückt.

CHRISTIAN EGG

Der Anwalt Christoph Häberli führt eine Excel-Tabelle. Darin sind alle Verfahren aufgelistet, die es im Fall Goger gibt, es sind über dreissig. Darunter Strafanzeigen der Goger-Swiss AG gegen Unia-Frau Christa Suter (siehe «Mrs. Marple vom Bau» Seite 3), gegen zwei Ex-Mitarbeiter Gogers, gegen einen «Blick»-Journalisten, gegen die beiden Präsidenten der Zürcher Gipserverbände usw. Goger versuchte seine Kritikerinnen und Kritiker mit Klagen mundtot zu machen.

Gegen die Unia hatte Goger vorübergehend Erfolg: 2016 liess er ihr via ein Gericht provisorisch verbieten, zahlreiche Aussagen zu sei-

Auch work liess Goger per Gericht einen Maulkorb verpassen.

nem Geschäftsgebaren zu machen. Es sind genau die Vorwürfe, deretwegen heute die Staatsanwaltschaft ermittelt («Es geht um 6 Millionen» Seite 3). Dieser Maulkorb galt auch für work, das schon früh ausführlich über Gogers Bschiss-System berichtet hatte.

DER «BLICK» KNICKTE EIN

Goger nutzte dabei aus, dass Gerichte in einem provisorischen Verfahren keine Zeugen befragen. Und die Kritik der Unia stützte sich damals auf die mündlichen Aussagen der geprellten Arbeiter. Zwar wäre die Wahrheit wohl in einem ordentlichen Verfahren ans Licht gekommen. Wegen Gogers Verzögerungstaktik kam es aber nie dazu. Für Goger entscheidend: Solange das Verfahren nicht abgeschlossen war, konnte er stets behaupten, er habe vor Gericht recht bekommen. Heute gilt der Maulkorb nicht mehr: Gogers Firma ist konkurs.



KÖNNEN DIESE AUGEN LÜGEN? Unternehmer Kurt Goger am 1. Juni 2015 im «Talk» von Tele Züri. FOTO: SCREENSHOT

Kritische Aussagen per Klage verbieten wollte Goger auch dem Medienkonzern Ringier, Herausgeber des «Blicks». Zudem forderte er Geld und das Löschen von Artikeln auf der Website. Ringier knickte ein und stimmte einem Vergleich zu. Rund 300'000 Franken soll Ringier der Goger-Swiss gezahlt haben.

Goger machte auch aus diesem Rechtsstreit ein profitables Geschäft: Seine Firma stand schon damals kurz vor dem Konkurs. Sie schuldete drei Lieferanten insgesamt 2,2 Millionen Franken. Noch vor Abschluss des Rechtsstreits brachte die Goger-Swiss die Lieferanten dazu, auf diese Forderungen zu verzichten – im Austausch gegen zwei Drittel des Ertrags aus der Ringier-Klage. Offenbar hatten die Goger-Anwälte behauptet, man könne mit drei bis vier Millionen Ertrag aus dem Rechtsstreit rechnen.

1 MILLION FÜR DIE ANWÄLTE

Während Ringier zahlte, blieb die Unia hartnäckig. Und das war hart, erinnert sich Anwalt Häberli, der

Goger: Verstummt und abgetaucht

Gerne hätte work Kurt Goger zu den Vorwürfen befragt. Doch weder er noch sein Anwalt wollten sich auf Anfrage äussern. (che)

jeweils im Auftrag der Unia auf die Gogerschen Schachzüge reagieren musste. Die Verfahren seien extrem langsam vorwärts gegangen. Der Grund: «Gogers Anwälte haben die Gerichte mit Unterlagen regelrecht zugemüllt.» Sie hätten darauf spekuliert, dass die Gerichte kaum über die Ressourcen verfügten, all die Dokumente zu bearbeiten und dann noch viele Zeugen zu befragen, «schon gar nicht in Ungarn», so Häberli. Während Goger den Büzern Dumpinglöhne zahlte, griff er für seine Anwälte tief in die Tasche. 2017 gab er bekannt, er habe bereits eine Million Anwaltskosten bezahlt.

Lange sah es so aus, als komme Goger mit seiner Masche durch. Doch dann kam die Wende:

2017, im Strafverfahren gegen den damaligen Unia-Mann Roman Burger, bot die Goger-Swiss AG drei aktive Mitarbeiter als Zeugen auf. Doch sie spielten Gogers Spiel nicht mit, sondern rückten mit der Wahrheit heraus: Sie erzählten, dass sie immer einen Teil ihres Lohnes in bar hätten zurückzahlen müssen. Jetzt reagierte die Staatsanwaltschaft. Am 26. Oktober 2017 holte die Polizei Goger und seinen Treuhänder am frühen Morgen ab und führte Hausdurchsuchungen durch. Dabei fanden sie belastendes Material. Das «System Goger» war aufgefliegen.

Biberli meint: «Was für eine Sauerei!»



Künzi streikt für den «Blick»

Ich hab gedacht, hey, in einem Monat ist schon der Frauenstreik, ich muss mal chli üben. Also bin ich go schaffe, aber ohne zu schaffen. Ich sass einfach neben der Maschine, die ich nicht bediente. Chantal musste meine Büz machen, was ihr gefiel, weil sie will ja schon lang chli mehr Verantwortung. Aber unser Flachbildschirm von Chef hat keine Ahnung von Personal. Lotti rief den «Blick» an, weil sie 100 Franken verdienen wollte. Und die kamen voll, um mich zu interviewen. Das war noch schwierig, weil's bei uns in der Produktion zimli laut ist. Wir haben dann in der Kantine weitergeredet, und um unseren Tisch herum standen immer mehr Leute von der Firma. Auch der Pfeuti aus der Informatik, aber ganz hinten, damit er auf dem Bild nicht plötzlich als Drahtzieher dastünde, sagte er. Ich frag mich schon, warum der so viel verdient.

HAUSVERBOT. Auf jeden Fall kam dann gross ein Foto von mir mit verschränkten Armen vor unserer Commandate 3000, meiner Lieblingsmaschine. An der bin ich

schon 15 Jahre, und ich kann sie auch reparieren. Kaum war das Foto im Kasten, kam der Flachbildschirm-Chef reingestürmt und erteilte dem Blick Hausverbot: «Use, sofort use!» Das war das erste Mal, dass wir ihn so richtig läbig gesehen haben. Alle waren ganz erstaunt. Dann schrie er: «Künzi, jetzt längt's! Sie sind entlaa!» Lotti wollte mich wegziehen, weil sie dachte, ich hau dem Flachbildschirm gleich eins. Hätte ich auch, wenn nicht genau dann Chantal geschrien hätte: «Sie filmen! Sie filmen!»

HEIMLIFEISS. Die vom Blick sind ja nicht blöd, die haben natürlich gemerkt, dass hier gleich der Vulkan lospülvert, und sind heimlifeiss wieder reingeschlichen und haben alles gefilmt. Deshalb wurde ich dann doch nicht entlassen. Dafür musste ich dem Blick verbieten, die Szene zu veröffentlichen. Aber wir haben immerhin eine Kopie erhalten und schauen sie manchmal an, im Pausenraum. So als Motivation! Und in einem Monat streiken wir dann alle.

FOTO: YVES THOMI



Sandra Künzi lebt und bügelt in Bern. Sie mag Jassen, Schafe, Feuer und Bier. Zurzeit bereitet sie sich und uns auf den Frauenstreik vom 14. Juni 2019 vor: Ahoi!

DER FALL GOGER

LANGER ATEM: Unia-Frau Christa Suter spricht im Oktober 2013 zu Goger-Swiss-Mitarbeitenden. Nach fünf Jahren fahndet nun endlich auch die Polizei nach dem Unternehmer Kurt Goger. FOTOS: KEYSTONE

Dumping-Skandal Goger: Diese Frau brachte ihn ans Licht

Mrs. Marple vom Bau

Es ist der grösste Fall von Lohndumping in der Schweiz. Und er flog nur auf, weil Unia-Frau Christa Suter alles gab.

CHRISTIAN EGG

Christa Suter (62) freut sich: «Endlich haben auch die Behörden gemerkt, dass Kurt Goger seine Arbeiter systematisch geprellt hat.» Gleichzeitig ist sie aber auch «stinkwütend», wie sie sagt. Denn Goger konnte sich jahrelang hinter Paragraphen verstecken, weil er bereit war, viel Geld für Anwälte auszugeben. Während die Betroffenen bis heute auf ihr hart verdientes Geld warten. Es ist der grösste Fall von Lohndumping, der in der Schweiz je aufgefliegen ist: Um mindestens 6 Millionen Franken soll die Gipserfirma Goger-Swiss ihre Arbeiter und die Allgemeinheit gebracht haben. (siehe Spalte rechts). Christa Suter brachte den Skandal ins Rollen.



Christa Suter.

Hellhörig wurde sie 2013, als sie auf einer Baustelle ungarische Arbeiter antraf. «Ungarn gab es vorher nie», erinnert sie sich. «Wir wussten zuerst gar nicht, welche Sprache sie redeten.» Auffällig war auch: Die Arbeiter machten einen total verarmten Eindruck. «Sie trugen zerschlissene Kleider, und viele hatten Zahnlücken.» Beim ersten Kontakt ging es keine 15 Minuten, bis ein Kadermitarbeiter der Firma Goger-Swiss auftauchte und dem Unia-Team erklärte, wie gut die Firma zu den Arbeitern schau. Gleichzeitig hatten die Arbeiter einen eingeschüchternen Eindruck gemacht. «All das war mir suspekt», sagt Suter, die 20 Jahre Erfahrung als Gewerkschaftssekretärin hat (siehe Kasten).

DAS SYSTEM GOGER

Suter sorgte dafür, dass die Unia eine Frau einstellte, die Ungarisch sprach. Und machte sich dann systematisch auf die Suche nach Goger-Arbeitern. Das war nicht schwer: Die Goger-Swiss AG expandierte in diesen Jahren stark und wurde zu einer der grössten Gipserfirmen auf dem Platz Zürich. Besonders bei Prestigebauten bekam Goger den Zuschlag: Fifa-Museum, Luxushotel Atlantis, Kunsthochschule.

Auf diesen Grossbaustellen waren jeweils 20 oder 30 ungarische Gipser tätig. Zu denen nahmen Suter und ihre Kollegen Kontakt auf. Suter: «Allerdings sind wir nicht hingegangen und haben gesagt: Hoi, wir sind von der Unia, was ist dein Lohn? So hätten wir nie etwas erfahren.»

Suter fragte die Arbeiter, was sie da machten, wo sie herkämen, ob es dort schön sei, wie ihnen die Schweiz gefalle. In der Regel ging Suter in Zivil hin. Das hatte seinen Grund: Auf einer Baustelle gibt es immer Aufpasser. «Auch Goger hatte seine Spione», sagt Suter. Mit der Zeit hat sie gelernt, sie zu erkennen. Wenn etwa plötzlich alle Arbeiter verstummen und nur noch einen sprechen lassen, sei das ein untrügliches Zeichen. Dann gab Suter einem der Arbeiter ihre Nummer und sagte: «Ruf mich doch am Feierabend an, ich möchte noch mehr wissen von deinem Heimatdorf.» Und so erfuhr sie von Gogers Bschiß-System: Auf den Lohnabrechnungen war zwar alles korrekt, aber die Buezer mussten Goger einen Teil ihres Lohnes wieder zurückzahlen. Vom GAV-üblichen Stundenlohn von 26.50 Franken blieben ihnen so nur rund 13 Franken.

Die Arbeiter trugen zerschlissene Kleider, und viele hatten Zahnlücken.

Am Anfang hatte Suter Mühe, den Arbeitern begrifflich zu machen, dass sie geprellt würden. Suter: «Hässig wurden die Ungaren aber, als sie merkten, dass sie schlechtergestellt waren als die Polen.» Denn diese bekamen ein Firmenauto und mussten vor allem nicht einen Teil des Lohns zurückzahlen.

RAFFINIERTER BSCHISS

Ab März 2015 machte die Unia mit Aktionen und Pressekonferenzen auf das System Goger aufmerksam. Auch der «Blick» schrieb mehrmals über den skandalösen «Ösi-Gipser». Doch Goger schlug mit voller Härte zurück: Nicht nur reichte er zahlreiche Straf- und Zivilklagen ein, er entliess auch rund 20 ungarische und zwei polnische Arbeiter, die sich gewehrt hatten. Damit verbunden war auch der Rausschmiss aus der Wohnung, die ihnen Goger vermietet hatte – und die meisten Arbeiter reisten in die Heimat zurück. Gogers Kalkül: Wenn sich in der Schweiz niemand mehr wehrt, wird die Sache im Sand verlaufen.

Tatsächlich hatte Christa Suter jetzt ein Problem: Sie hatte keine schriftlichen Belege für den Goger-Bschiß, nur die Aussagen der Arbeiter. Aber sie gab nicht auf. Zusammen mit einer Kollegin

reiste sie nach Budapest und trieb zwölf der Entlassenen auf. Alle unterzeichneten bei einem ungarischen Notar eine eidesstattliche Erklärung, in der sie den Bschiß bestätigten.

Es folgten Verhandlungen mit den Generalunternehmern, Verhandlungen vor Gericht, unzählige Besprechungen mit den Anwälten und so weiter. Suter schätzt, dass sie insgesamt ein Jahr Arbeitszeit nur für den Goger-Fall eingesetzt hat. Dazu kamen Anwaltskosten von mehreren Hunderttausend Franken. «Ja, es brauchte einen langen Atem», sagt Christa Suter, «aber es hat sich gelohnt.» Allerdings vermittelt der Fall ebenfalls den Eindruck: Wenn jemand wirklich mit krimineller Energie das System der Lohnkontrollen sabotieren will, kann er das heute auch. «Ein Problem im System Goger war, dass auf dem Papier alles in Ordnung war.» Und da die Kontrollstellen der Sozialpartner in der Regel nur die Lohnbücher anschauen, fliegt so ein raffinierter Bschiß nicht auf. Für Suter ist deshalb klar: «Künftig müssen die Kontrolleure auch die Arbeiter befragen und ihre Aussagen mit den Lohnbüchern abgleichen.»

Suter fordert zudem: Systematisches Lohndumping wie im Fall Goger muss ein Straftatbestand werden. «Die Ungarn sagten uns immer: Sorgt dafür, dass uns die Polizei befragt, wir sagen denen, was los ist.» Aber laut Schweizer Gesetz ist Lohndumping «nur» eine Verletzung des GAV. Und kein Delikt.

Suter fordert zudem: Systematisches Lohndumping wie im Fall Goger muss ein Straftatbestand werden. «Die Ungarn sagten uns immer: Sorgt dafür, dass uns die Polizei befragt, wir sagen denen, was los ist.» Aber laut Schweizer Gesetz ist Lohndumping «nur» eine Verletzung des GAV. Und kein Delikt.

Christa Suter: 20 Jahre für die Gewerkschaft

«Ich war immer viel auf dem Terrain unterwegs», sagt Unia-Sekretärin Christa Suter. Jetzt geht sie in Pension. Vor zwanzig Jahren fing sie bei der GBI an und kämpfte gegen illegale Arbeitszeiten in den Theatern, gegen Videoüberwachung des Personals bei Media-Markt, gegen 58-Stunden-Wochen beim Migros-Gemüsezulieferer Imhof.

ERFOLGE. Ab 2015 leitete sie die Fachstelle Risikoanalyse zur Lohndumping-Prävention. Daneben stellte sie eine Zara-Baustelle an der Zürcher Bahnhofstrasse ein, erkämpfte 460000 Franken für polnische Buezer am Hauptbahnhof oder 100000 Franken für Plattenleger. (che)

Der Fall Goger

Es geht um 6 Millionen

Die Staatsanwaltschaft Zürich jagt Kurt Goger mit einem internationalen Haftbefehl. Der Grund: Verdacht auf Erpressung, Urkundenfälschung, unlauteren Wettbewerb Lohn- und Mietwucher, Konkursdelikte, Betrug.

ÜBERSTUNDEN: In 13 Punkten hat die Goger-Swiss AG den Gesamtarbeitsvertrag (GAV) des Gipsergewerbes verletzt. Das sagt ein neuer, unabhängiger Kontrollbericht des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco): Die Firma des Österreichers Kurt Goger hat in gut drei Jahren ihren 261 Arbeiterinnen und Arbeitern rund 3,4 Millionen Franken für Überstunden nicht ausbezahlt. Goger lieferte dem Kontrolleur manipulierte Daten. Doch die Polizei fand bei einer Hausdurchsuchung Listen mit den tatsächlich gearbeiteten Stunden.

MIETWUCHER: In den Berechnungen des Kontrolleurs nicht berücksichtigt sind die völlig überrissenen Lohnabzüge. So zog die Firma den Arbeitern jeden Monat 600 Franken für die Unterkunft ab. Viel zu viel, wie Lorenz Keller von der Unia Zürich an einem Beispiel erläutert: «In einer 11-Zimmer-Liegenschaft waren 22 Arbeiterinnen und Arbeiter untergebracht. Das ergibt Lohnabzüge von 13200 Franken. Die Goger-Swiss hat aber für die Liegenschaft nur 3200 Franken Miete bezahlt.» Gewinn laut Keller: 1,1 Millionen.

ZURÜCKKASSIERT: Die ungarischen Gipser mussten einen Teil ihres Lohns in bar zurückzahlen. Das gibt Goger-Kadermann Zsolt B. zu, der seit letztem Dezember in Zürich in Haft sitzt. Er enthüllt das System Goger: Mit den ungarischen Gipsern wurde ein Stundenlohn zwischen 11 und 12 Euro abgemacht. Überwiesen wurde ihnen aber ein höherer Lohn, damit die Firma bei Kontrollen nicht aufgeflog. Anschliessend zog Zsolt B. die Differenz bei den Gipsern wieder ein. B. bekam vom Goger-Büro jeweils eine Liste, wer wie viel zurückzahlen musste. Der Polizei sagt er: «Meistens habe ich das Geld direkt an Herrn Goger übergeben.» Insgesamt mindestens 1,2 Millionen Franken.

Unia-Mann Keller geht aufgrund aller bisher bekannten Fakten davon aus, dass die Firma Goger-Swiss mindestens 6 Millionen Franken auf dem Buckel der Gipser und der Allgemeinheit unrechtmässig kassiert hat. Denn auf den nicht bezahlten Löhnen wären zusätzlich Beiträge an AHV und Pensionskasse fällig geworden. Gegen Kurt Goger läuft ein Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Zürich. Er wird nun per internationalen Haftbefehl gesucht. In Italien verhaftete ihn die Polizei an einem Golfturnier und stellte ihn unter Hausarrest. Er flüchtete nach Österreich – und spielt dort weiterhin Golf, wie «WOZ» und SRF-«Rundschau» berichten. Daneben taucht er als Mitarbeiter der Investmentfirma Captura in Graz auf. Als Berater für Immobilien-Investments zur Altersvorsorge. Sein Leitspruch: «Früher an später denken.» Für ihn wie alle anderen gilt die Unschuldsvermutung. (che)

Die Gipser mussten einen Teil ihres Lohns in bar zurückzahlen.

die Polizei an einem Golfturnier und stellte ihn unter Hausarrest. Er flüchtete nach Österreich – und spielt dort weiterhin Golf, wie «WOZ» und SRF-«Rundschau» berichten. Daneben taucht er als Mitarbeiter der Investmentfirma Captura in Graz auf. Als Berater für Immobilien-Investments zur Altersvorsorge. Sein Leitspruch: «Früher an später denken.» Für ihn wie alle anderen gilt die Unschuldsvermutung. (che)

Millionen-Lohnklau durch italienische Gleisbau-Skandalfirma

Wildwest am Monte Ceneri

Am bekanntesten Tessiner Berg platzte einer der bisher grössten Lohndumpingskandale der Schweiz.

RALPH HUG

«Es war wie Sklaverei»: Das gab Fouad Zerroudi dem Tessiner Fernsehen zu Protokoll. Zerroudi war beim italienischen Gleisbauunternehmen GCF/Gefer angestellt. Bis er genug hatte und er nicht mehr schweigen wollte und konnte. Der Konzern aus Rom

Der Bund glaubte, was auf dem Papier stand, anstatt die Löhne zu kontrollieren.

ist einer der Grossen im europäischen Gleisbau mit 400 Millionen Euro Umsatz und 1100 Angestellten. Er baut die Anlagen im neuen Ceneri-Basistunnel, dem letzten Stück des Neat-Alpendurchstichs. Der Tunnel soll Ende 2020 betriebsbereit sein. Zerroudi berichtet Haarsträubendes: Die Arbeiter hätten bis zu 16 Stunden am Tag

ANZEIGE DER UNIA

durchgearbeitet. Die vorgeschriebenen Pausen seien nicht eingehalten worden, und als Verpflegung habe es oft bloss Sandwiches gegeben. Laut Gesamtarbeitsvertrag gilt eine wöchentliche Höchst Arbeitszeit von 45 Stunden.

Auch Lohnklau gehörte zum Geschäftsmodell der GCF/Gefer. Der Mindestlohn für Ungelernte beträgt 4624 Franken. Doch die Unia stellte fest: Viele Gleisbauer haben weniger als die Hälfte erhalten. Da für GCF/Gefer bis zu 170 Arbeiter im Ceneri tätig waren, schätzt die Unia die geprellten Löhne auf mehrere Millionen Franken. Damit wäre dieser Bschiss einer der schlimmsten Dumpingfälle der Schweiz. Inzwischen hat sich die paritätische Kommission Untertagebau eingeschaltet. Sie führt eine Entsendekontrolle durch.



GEFÄHRLICHE BÜEZ: Gleisbauer im Monte-Ceneri-Basistunnel.

Dank einer Anzeige der Unia ist auch die Tessiner Staatsanwaltschaft aktiv. Möglicherweise war Urkundenfälschung im Spiel, wohl auch Nötigung. Etliche Betroffene wollten den TV-Kameram nur anonym Auskunft geben. Sie haben Angst vor Repressalien.

Die Firma weist alle Vorwürfe zurück: «Tutto in ordine!» Haben wir das nicht schon mal gehört? Der Römer Baukonzern Condotte prellte letztes Jahr seine Buezer am Albula-Tunnel um einen Teil des Lohns. Pikant: Condotte war ebenfalls am Ceneri-Tunnel beteiligt (work berichtete). Von Anfang an machten dort wilde Gerüchte über unqualifizierte Arbeitskräfte und Sicherheitsmängel die Runde.

BAUHERR BUND

Ein Arbeiter starb infolge herunterfallender Felsbrocken. Der Condotte-CEO kam wegen mutmasslicher Mafia-Verbindungen unter Hausarrest, und der Konzern musste vom Staat vor der Pleite gerettet werden. Die jahrelange Skandalspur italienischer Baukonzerne in der Schweiz ist bei der paritätischen Kommission wohlbekannt. Trotzdem kommt es immer wieder zu Dumpingskandalen. Beim Ceneri-Tunnel ist der Bund mit seiner SBB-Tochter Alptransit AG der Bauherr. Er hätte vorgewarnt sein müssen. Doch wie bei Condotte reagiert er naiv: Man glaubt, was auf dem Papier steht, statt Kontrolleure loszuschicken, und schiebt ansonsten alle Schuld ab. Alptransit-Chef Dieter Schwank sagt, die Arbeitsgemeinschaft habe sich vertraglich verpflichtet, die Arbeitsbedingungen gemäss GAV einzuhalten. Tut sie aber eben nicht. Genau diese lasche Haltung ermöglicht Wildwestzustände.

UND JETZT IN DER WAADT?

Nun sind auch die Waadtler Behörden alarmiert. Denn ausgerechnet GCF/Gefer hat unlängst zusammen mit anderen Firmen den Zuschlag für den Einbau der Bahntechnik in einem neuen Tunnel der Trambahnlinie Lausanne-Echallens-Bercher erhalten. Die Unia hat sofort interveniert. Die Frage ist, ob der 18-Millionen-Auftrag widerrufen werden kann – oder was die Stadt Lausanne und der Kanton Waadt als Bauherren tun, damit ein Lohnschiss wie im Tessin verunmöglicht wird.

GCF/Gefer scheint eine notorische Skandalfirma zu sein. Sie hat vor anderthalb Jahren auch in Dänemark massiv Löhne manipuliert. So in Kopenhagen beim Bau der U-Bahn «Cityringen» und bei einem Schienenbau in Århus. Dank der Intervention der grössten dänischen Gewerkschaft 3F musste sie insgesamt 2,2 Millionen Franken an vorenthaltenen Löhnen zahlen. Dabei zeigte sich, dass viele Arbeiter eingeschüchtert worden waren. Die Gewerkschaft 3F wirft Subunternehmen, mit denen GCF arbeitete, Mafia-Verbindungen vor.

Unia-Chefin Vania Alleva über Dumpingskandale

«Es gibt zurzeit Doppelangriff von»

Grosser Erfolg im massiven Lohndumpingfall Goger, hartnäckiges Ringen um die flankierenden Massnahmen und entschiedener Kampf gegen die SVP-Kündigungsinitiative: Unia-Präsidentin Vania Alleva erklärt, warum und wie alles zusammenhängt.

CLEMENS STUDER

work: Vania Alleva, nach langen Jahren, in der die Unia auf die Missstände bei der Bauunternehmung Goger aufmerksam gemacht hat, ermittelt jetzt endlich die Justiz. Sind Sie zufrieden?

Vania Alleva: Der Fall Goger ist eine unglaubliche – und dennoch typische – Geschichte. Wäre die Unia nicht hartnäckig drangeblieben, wäre Goger ungeschoren davongekommen. Das zeigt, wie wichtig unsere Hartnäckigkeit und unsere Unterstützung für die betroffenen Arbeitnehmenden auf dem Terrain sind. Er zeigt auch, wie wichtig das Schweizer Instrumentarium zum Lohnschutz, die flankierenden Massnahmen (FlaM), sind. Sie müssen dringend gestärkt werden. Der Fall Goger, aber auch der jüngste Lohndumpingfall Monte Ceneri und die Vorgänge bei Zaffaroni in Genf machen deutlich: Einige Arbeitgeber legen erhebliche kriminelle Energie an den Tag, um den Lohnschutz zu umgehen. Es braucht darum mehr Kontrollen, wirksamere Sanktionen und einen besseren Schutz der Arbeitnehmenden, die sich gegen diesen Missbrauch wehren.

Doch gerade der Lohnschutz ist mit dem EU-Rahmenabkommen in der vorliegenden Form gefährdet.

Darum lehnen wir das Rahmenabkommen in der vorliegenden Form auch so klar ab. Es stellt bestehende flankierende Massnahmen wie Anmeldefristen, Kautionen und sozialpartnerschaftliche Kontrollen der Verträge in Frage. Dabei müssen die flankierenden Massnahmen aus- und nicht abgebaut werden. Das Schweizer Schutzdispositiv ist zwar besser als jenes der EU, aber es genügt nicht.

Befürworterinnen und Befürworter des Rahmenabkommens sagen, der Lohnschutz in der EU sei mittlerweile schon beinahe auf Schweizer Niveau.

Dank dem Druck der europäischen Gewerkschaften ist das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» jetzt endlich in den Entsenderichtlinien verankert. Aber

«Der Lohnschutz gehört nicht ins Rahmenabkommen.»

Richtlinien sind das eine, ihre Durchsetzung das andere. Die EU hat dafür keine Instrumente. Und nur allzu oft schränkt der europäische Gerichtshof Sanktions- und Kontrollmechanismen in den Ländern zuungunsten der Arbeitnehmenden ein, behindert die Mitgliedstaaten, das auch durchzusetzen. Selbst stark exponierte Länder wie Österreich können darum nur einen Bruchteil unserer Kontrollen leisten. Darum gehört der Lohnschutz nicht ins Rahmenabkommen.

Das hat der Gesamtbundesrat vor Verhandlungsbeginn ja auch als rote Linie definiert. Warum haben sich die Verhandlungsleitung und Aussenminister Ignazio Cassis trotzdem darüber hinweggesetzt?

Da haben sich die Deregulierer aus der Schweiz mit Deregulierern aus der EU verbündet. Dass im Rahmen dieses Abkommens ausgerechnet der Lohnschutz in Frage gestellt wurde, zeigt, woher der Wind weht. Nämlich von rechts.

Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Es gibt einen Doppelangriff der Rechten auf Löhne und Arbeitsbedingungen. Der Arbeitgeberverband fordert eine «Deregulierung des Arbeitsmarktes», die SVP weibelt für ihre Kündigungsinitiative mit dem Argument, dass dann auch die flankierenden Massnahmen abgeschafft und die Gewerkschaften geschwächt würden.

Eine konzertierte Aktion?

Zumindest eine Art politische Arbeitsteilung. Ein Teil der Arbeitgeber will das Arbeitsgesetz, die Gesamtarbeitsverträge und die FlaM schwächen. Politisch verbünden sie sich dafür je nach Dossier mit den Nationalkonservativen, mit den Neoliberalen oder mit allen zusammen. Wir spüren

das auch in den Branchen. Die Unia hatte im vergangenen Jahr grosse GAV-Verhandlungen. Und überall wollen die Arbeitgeber «deregulieren» und «flexibilisieren». Auf dem Bau griffen sie letztes Jahr die Rente mit 60 an und wollten quasi rund um die Uhr arbeiten lassen. In der Metall- und Maschinenindustrie wollten sie die Wochenarbeitszeit von 40 auf 42 Stunden erhöhen, bei den Elektrikern gar von 40 auf 44 Stunden. Dank unserer grossen Mobilisierung konnten wir alle Angriffe abwehren.

Und dann kam das Interview von Cassis, in dem er den Lohnschutz in Frage stellte?

Genau! Cassis will den Lohnschutz im Rahmenabkommen opfern. Er stellt die Frage falsch: Europa oder Lohnschutz? – das hat auch einen Teil der Linken verunsichert. Darum war es zentral, dass die Unia, der SGB und auch Travail Suisse in den vergangenen Monaten bei dieser klaren Linie geblieben sind. Daran wird sich nichts ändern. Das haben wir auch dem Bundesrat klargemacht.

Der sagt aber, die EU wolle nicht mehr verhandeln.

Es gibt schon einen Weg: Der Bundesrat muss der EU klar sagen, dass dieses Rahmenabkommen keine Mehrheit in der Schweiz finden werde. Die bilateralen Verträge haben im Volk nur mit einem effizienten Lohnschutz eine Chance. Das hat uns die Geschichte der letzten 20 Jahre deutlich gezeigt. Zudem muss vor jeder weiteren Diskussion die

«Die Bilateralen haben im Volk nur mit effizientem Lohnschutz eine Chance.»

Kündigungsinitiative der SVP vom Tisch. Sie will die Personenfreizügigkeit und damit die bilateralen Verträge insgesamt kippen. Eine Schwächung des Lohnschutzes im Rahmenabkommen wäre Wasser auf ihre Mühlen. Das darf nicht sein. Wir müssen diese Abstimmung unbedingt gewinnen. Und dann können wir ein Rahmenabkommen aushandeln, das die Arbeitnehmerinteressen schützt.

Stichwort SVP. Befürworter des Rahmenabkommens in der vorliegenden Form werfen den Gewerkschaften vor, Seite an Seite mit der Blocher-Partei zu kämpfen.

Das Gegenteil ist richtig. Lohnschutz, Nichtdiskriminierung und Personenfreizügigkeit gehören unauflöslich zusammen. Das ist eine historische Errungenschaft für alle Arbeitnehmenden. Und wir müssen sie gemeinsam weiterentwickeln, mit starken flankierenden Massnahmen.

Was ist jetzt wichtig?

Die SVP-Kündigungsinitiative ist brandgefährlich. Kommt sie durch, geht es letztlich um die Kündigung der bilateralen Verträge. Das wäre quasi ein Schweizer Brexit. Der Schwexit. Dagegen müssen wir die Kräfte bündeln. Wir erwarten auch von den Arbeitgebern und den bürgerlichen Parteien, dass sie das Rahmenabkommen zurückstellen und sich entschieden gegen diese Initiative positionieren.

Tun sie das nicht bereits?

Mit Worten schon. Aber ich sehe noch bei vielen Arbeitgebern und bürgerlichen Politikerinnen und Politikern eine ähnliche Haltung wie bei der Masseneinwanderungsinitiative. Die hat man bei den Bürgerlichen auch nicht ernst genommen und dann die Quittung bekommen.

Wie meinen Sie das?

Die Abstimmungsanalyse zeigte damals, dass die entscheidenden Ja-Stimmen bei der Masseneinwanderungsinitiative von den 55- bis 65jährigen gekommen sind. Das ist jene Altersgruppe, die auf dem Arbeitsmarkt besonders unter Druck steht. Das darf man nicht auf die leichte Schulter nehmen. Es braucht klare Signale, dass man die Befürchtungen und Sorgen der Arbeitnehmenden ernst nimmt. Dies hat jetzt auch der Bundesrat verstanden. Das ist positiv. Doch die jetzt beschlossenen Massnahmen nützen bezüglich Lohnschutz nichts. Die Realität in der Arbeitswelt ist krasser geworden – wie gerade auch die Fälle Goger, Ceneri und Zaffaroni zeigen. Drum braucht's auch für die paritätischen Kommissionen schärfere Massnahmen. Der Lohnschutz muss weiterentwickelt werden – und nicht geschwächt, wie es das vorliegende Rahmenabkommen will.

Und die Arbeitgeber machen da mit?

Die Spitzen der nationalen Verbände sind zum Teil noch sehr marktideologisch unterwegs. Aber viele Patrons an der Basis erleben eine andere Realität. Sie wissen: ohne effizienten Lohnschutz haben zum Beispiel anständige Gewerbebetriebe keine Chance. Auch die Wirtschaft ist auf eine faire Regulierung des Arbeitsmarktes angewiesen.

und das Verhältnis zur EU einen rechts»

Konflikt in der Unia Berner Oberland «Die Unia steckt nicht in einer Krise»

work: Am 1. Mai gab es in Basel eine Protestaktion von einigen Unia-Mitgliedern, die den Rücktritt der Geschäftsleitung gefordert haben. Ist die Unia in einer Krise?

Vania Alleva: Ich kannte diese Forderung aus den Medien. Jetzt ist ein Antrag für den Zentralvorstand von einer Einzelperson eingetroffen.

«Schaut man genau hin, fällt diese Geschichte in sich zusammen.»

Wir werden diesen diskutieren. Ich bin viel in den Regionen und bei unserer Basis unterwegs. Deshalb weiss ich, dass diese Forderung nicht repräsentativ ist: Kein Vorstand, kein Gremium und keine Interessengruppe der Unia hat eine solche Forderung bisher gestellt. Dass wir

bei fast 200 000 Mitgliedern auch einige haben, die nicht mit der Leitung einverstanden sind, ist für eine Grossorganisation wie die Unia nichts als normal.

Aber es ist schon nicht ganz normal, dass in der Zeitung und im Fernsehen am 1. Mai der Rücktritt der Präsidentin und der Geschäftsleitung der grössten Gewerkschaft gefordert wird, oder?

Einverstanden. Es hat mich geärgert, dass für einen Teil der Medien am 1. Mai nicht die berechtigten Forderungen der Frauen und nicht die ausgezeichnet besuchten Kundgebungen im Vordergrund standen, sondern eine angebliche Krise in der Unia. Wenn man hinschaut, dann fällt diese Geschichte in sich zusammen. Der ehemalige Präsident im Berner Oberland wurde von seiner Basis mit einem deutlichen Resultat abgewählt – nicht von der Geschäftsleitung der Unia abgesetzt oder von mir.

Die Kritik war auch stark auf Ihre Person ausgerichtet, Sie seien nicht in der Lage, die Unia alleine zu führen, es brauche wieder ein Co-Präsidium. Ist das eine Diskussion in der Unia?

Nicht, dass ich wüsste. Ich wurde am letzten Kongress mit einer grossen Unterstützung zur Präsidentin gewählt. Sachlich begründete, konstruktive Kritik begrüsse ich. Sie hilft uns, bessere Resultate zu erreichen. Als Präsidentin stehe ich gegenüber der ganzen Organisation in der Verantwortung. Meine Aufgabe ist es, tragfähige Lösungen für die ganze Organisation zu suchen und umzusetzen.

Unia-Frauen-Präsidentin Mattmann lupft's den Hut: «Attacken gegen die Unia- Chefin sind eine Sauerei!»

Ueli Balmer, der abgewählte Präsident der Region Berner Oberland, warf Unia-Chefin Vania Alleva in einem Interview «diktatorische Führung» und «Überforderung» vor. Das ärgert Basismitglied und Unia-Frauen-Präsidentin Ursula Mattmann.

«Ich war stocksauer, als ich diese Vorwürfe las. Von wegen, Vania Alleva sei überfordert und reagiere deshalb diktatorisch! Und von wegen, als Vania Alleva sich noch mit Renzo Ambrosetti das Präsidium geteilt habe, habe alles funktioniert! Als frühere Präsidentin der Unia-Delegiertenversammlung habe ich



«Warum verbreitet Balmer solchen Chabis?»

URSULA MATTMANN,
UNIA-BASISMITGLIED

mehrere Co-Präsidien der Unia von ganz nah miterlebt. Auch das erste Co-Präsidium mit Renzo Ambrosetti und Andreas Rieger. Also mit zwei Männern. Ich hatte Einblick in interne Protokolle und Dossiers, und ich erinnere mich noch genau: Meine erste Amtshandlung damals hatte mit einem Konflikt in

Bern zu tun. Was Ueli Balmer behauptet, ist also schlicht nicht wahr. Ich kenne ihn schon lange, und er weiss so gut wie ich: Interne Konflikte gab es immer wieder. Gerade im Kanton Bern.

Zu behaupten, die Unia sei zu gross für eine Führungsperson, ist einfach unter der Gürtellinie. Würde Balmer das auch bei einem Mann sagen? Vania Alleva ist intern nicht umstritten. Sie hat den Laden voll im Griff. Sie ist kompetent und transparent. Auch im Berner-Oberland-Konflikt ging sie nach Statuten vor. Warum also verbreitet Ueli Balmer solchen Chabis? Er schadet damit der ganzen Organisation. Ich versteh das einfach nicht. Wenn einer von der Basis korrekt abgewählt worden ist – und das wurde Ueli Balmer, mit 46 gegen 6 Stimmen –, dann soll er das doch einfach akzeptieren!»



VANIA ALLEVA: «Vor jeder weiteren Diskussion über das Rahmenabkommen muss zuerst die SVP-Kündigungsinitiative vom Tisch.» FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Europäische Demos: Schweizer Gewerkschaften in Brüssel

Künftig sollen Chauffeure in Deutschland deutsche Löhne erhalten, wenn sie dort ein- und ausladen. Auch wenn sie aus Polen kommen. Und desgleichen in anderen EU-Ländern. Es gilt jetzt das Prinzip «Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort» im Trans-



Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

port. Das beschloss im April das Europäische Parlament mit dem «Mobilitätspaket», das einen verbesserten Schutz der Transportarbeitenden vorsieht. Neu gilt der Schutz auch für Chauffeure von Fahrzeugen ab einem Gewicht von 2,4 Tonnen und nicht erst ab 3,5 Tonnen. Diese Beschlüsse sind ein Erfolg

TUTI DABEI. Immer wieder hatten die Gewerkschaften die «Verwilderung im Transportsektor» angeprangert und Druck auf das europäische Parlament gemacht, das Lohndumping endlich zu stoppen. Am 27. März demonstrierten in Brüssel Hafentarbeiter aus Italien und Irland, Chauffeure aus Polen,

«Wir brauchen die europäische Ebene.»

Deutschland und anderen Ländern. Sie waren dem Aufruf der Europäischen Transportarbeiterföderation ETF gefolgt. Eine Gewerkschaftsdelegation aus der Schweiz war auch da. SEV-Chef Giorgio Tuti hielt eine Rede. Für ihn ist klar, dass das Mobilitätspaket auch Verbesserungen in der Schweiz möglich macht. Er sagt: «Alleine hätten wir das nie erreichen können, dafür brauchte es die europäische Ebene.»

MENDES ERKLÄRT. Für ein sozialeres Europa demonstrierten in Brüssel auch am 26. April Tausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Sie kamen aus fast allen europäischen Ländern. Und wieder waren auch Kolleginnen und Kollegen aus der Schweiz dabei. Ihr Slogan «Löhne statt Grenzen schützen – für ein soziales Europa». Der Europäische Gewerkschaftsbund hatte zu dieser Manifestation aufgerufen, um vor den Europawahlen die Arbeitenden ins Zentrum zu stellen. Dass auch «die Schweizer» anwesend waren, verwunderte viele. «Ihr seid doch nicht Mitglied der EU – warum seid Ihr hier?» fragten viele. Also musste Unia-Migrationsfachfrau Marilia Mendes viel erklären. Mendes: «Ich erklärte, dass auch die Schweiz zu Europa gehöre und mit europäischen Regelungen verhängt sei. Deshalb kämpfen wir gemeinsam für Verbesserungen.» Auch das kam in Brüssel gut an.



Arbeiten über 50

Arbeitslosigkeit, Schwierigkeiten bei der Stellensuche, Diskriminierung: Menschen über 50 haben es in der Arbeitswelt zunehmend schwer. Es gilt, ihre Rechte zu schützen. Die Unia setzt sich für Verbesserungen in den Gesamtarbeitsverträgen ein. Erfahre hier mehr:

www.unia.ch/50plus

Baustelle Universität Bern: Wegen zeitlicher Verzögerungen müssen Bauarbeiter monatelang ihre Wochenenden opfern

6-Tage-Woche seit Februar

Auf einer Grossbaustelle in der Stadt Bern müssen Maurer seit Monaten Samstagsarbeit leisten. Bauherr ist ausgerechnet der Kanton. Und der schaut weg.

JONAS KOMPOSCH

Feierabend auf der Grossbaustelle der Universität Bern. Sieben Maurer stehen auf dem Rohbau des künftigen Labors für biomedizinische Forschung. Nacheinander stapfen sie das Gerüst hinunter. Ihre Kleider: nass. Sie selbst: geschafft. Wie schon in den letzten Tagen hat es wieder geregnet. Das macht die Buezer noch strenger. Und die Woche der Labor-Maurer ist lang. An diesem Samstag – es ist der 11. Mai – bestreiten sie ihren sechsten Arbeitstag. Und: Die Sechstageswoche gilt faktisch schon seit Anfang Februar! Heute aber fahren die Bauleute nicht sofort nach Hause, sondern treffen sich auf Platz mit einem Dutzend Unia-Leuten. Stimmung kommt auf. «Endlich passiert was!» sagt einer. Bald hängt ein Transparent am Fassadengerüst: «Stopp Samstagsarbeit auf dem Bau!» Und gemeinsam wird diskutiert, wie man wieder zu normalen Wochenenden kommen könnte.

KANTON MACHT DRUCK

Das Problem: An der Berner Murtenstrasse will der Kanton die Labors des Instituts für Rechtsmedizin und des Departements für biomedizinische Forschung zusammenbringen. Ein Grossprojekt, das mit permanenten Schwierigkeiten zu kämpfen hat. «Komplizierte Grundwasserverhältnisse» hätten den Bau lange verzögert, schreibt die zuständige Generalunternehmung auf ihrer Website.

Dafür soll nun alles extraschnell laufen. Auch die Buezer. Am 6. Februar erhielten rund zwanzig Bauarbeiter Post von ihren Chefs. Darin steht: «Trotz toller Leistung und optimiertem Bauablauf haben wir einen Terminverzug im Gesamtprogramm. (...) Die Bauherrschaft hat uns aus diesem Grund gebeten, die notwendigen Massnahmen

in die Wege zu leiten, damit wir diesen Rohbau termingerecht übergeben können.» Die «notwendigen Massnahmen» haben es in sich: Unter der Woche wurde die Arbeitszeit um eine Stunde verlängert. Und am Samstag muss jeweils ein Teil der Arbeiter noch mal ran, immer von 7 bis 12 Uhr. Und das seit Februar.

HUNDEMÜDE

«Ich spüre besonders die längeren Arbeitstage», sagt einer der Arbeiter. Seinem Kollegen wiederum macht speziell die Samstagsarbeit zu schaffen: «Sie macht mich hundemüde.» Mal

Unia Genf deckt Lohndumpingskandal auf



ZAFFARONI-BAUSTELLE: Chrapfen für 8 CHF pro Stunde.

GENF. Acht bis zehn Franken Lohn pro Stunde statt des Mindestlohn von 25 Franken: So wenig zahlte die Elektrofirma Zaffaroni den rund 50 italienischen Arbeitern in Genf, die am neuen Tram- und Busdepot des Kantons arbeiteten. Den Kontrolleuren legte Zaffaroni eine Lohnabrechnung mit korrekten Löhnen vor.

Doch die Arbeiter mussten in Italien ein Bankkonto eröffnen und der Firma ihre Bankkarte geben. Diese zwackte einen Drittel des Lohns wieder ab. Es ist dies aktuell bereits der dritte grosse Bauskandal, neben dem Fall Goger in Zürich und der Ceneri-Baustelle im Tessin (siehe Seiten 2–4).



MAURER UNTER DRUCK: Baustelle des neuen Labors für biomedizinische Forschung der Universität Bern. Hier lässt der Kanton auch am Samstag arbeiten. FOTO: UNIA

ein Wochenende für die Arbeit zu opfern, dazu sei er schon bereit, dagegen würde keiner der Kollegen meckern. Doch monatelange Samstagsarbeit sei einfach zu viel. «Und ganz ehrlich: Es widert mich an, wenn sich am Samstag in Bern gefühlt jeder zweite Kran dreht!»

Pikant: Mit dem Amt für Grundstücke und Gebäude ist ausgerechnet die öffentliche Hand Bauherrin des Projekts. «Absolut verantwortungslos», findet das Johannes Supe, Gewerkschaftssekretär der Unia

«Der Kanton muss Samstagsarbeit eingrenzen, nicht fördern!»

FREIWILLIG?

Im Namen der Unia schrieb Supe sowohl dem Generalunternehmen als auch dem Kanton. Doch auf den Brief reagierte nur die Firma, vom Kanton kam nicht einmal eine Empfangsbestätigung. Das Unternehmen gab zur Antwort, die Samstagsarbeit sei freiwillig und werde mit Tarifizuschlägen vergütet. Ausserdem schreibt die Firma, sie sei «bemüht, die Work-Life-Balance im Einklang zu halten» und dies, «wo nur möglich», auch «bei unseren Subunternehmern».

Unia-Mann Supe kann mit diesem Brief nichts anfangen. Da werde so getan, als seien die Arbeiter selber schuld an der Samstagsarbeit, da sie ja freiwillig sei. Supe: «Als ob sie eine wirklich freie Wahl hätten! Es sind die Kantonsvertreterinnen und -vertreter, die auf die Einhaltung der unrealistischen Termine drängen und so den Druck erhöhen.» Die Bauherrschaft könne sich genau ausrechnen, dass die Buezer sich doch verpflichtet fühlen zu erscheinen.

Weil der Kanton noch immer nichts unternimmt, wird die Unia bald eine Kampagne starten.

workfrage: Wochenendarbeit auf dem Bau: Finden Sie das richtig?

Schreiben oder mailen Sie uns Ihre Meinung zu diesem Thema!
Eine Auswahl der Antworten lesen Sie in der nächsten Ausgabe.
E-Mail oder Brief an:
work, Frage,
Postfach 272, 3000 Bern 15,
redaktion@workzeitung.ch

Erfolg: Überfahrer sind Angestellte

LAUSANNE. Über hat einen Fahrer missbräuchlich entlassen. Dies hat das Arbeitsgericht in Lausanne entschieden. Damit erachtet es den Fahrer als Angestellten und nicht als Selbständigen, wie dies Über gerne hätte. Zwar kann Über den Richterspruch noch anfechten. Roman Künzler von der Unia freut sich trotzdem über den Durchbruch: «Zum ersten Mal hat ein Gericht so entschieden.» Vor dem Börsengang von Über streikten in New York die Fahrer. Ihre Botschaft: Das Geschäftsmodell des Konzerns beruht auf Schwarzarbeit. Zwei Tage nach dem Börsenstart lag die Aktie 17 Prozent im Minus.

Schockkündigung bei Zalando

ARBON TG. Ein knappes SMS, mehr nicht. So wurde mehreren Frauen gekündigt, die in Arbon Zalando-Retouren bearbeiteten. Laut der Gratiszeitung «20 Minuten» waren sie bei einer Temporärfirma angestellt. Diese rechtfertigt sich, es sei schwierig, ausländische Arbeiterinnen per Brief zu erreichen, weil sie «nicht unbedingt einen festen Wohnsitz» hätten. Bekannt ist, dass die Arbeitsbedingungen in der Zalando-Halle mies sind. Eine ehemalige Arbeiterin berichtete Ende 2017 im work von Dauerüberwachung, Stress und Dumpinglöhnen von nur 17 Franken pro Stunde.

EU: Erfassung der Arbeitszeit ist Pflicht

BRÜSSEL. Es ist ein internationaler Durchbruch: Das jüngste Urteil des Europäischen Gerichtshofs. Es hält fest, dass jede Firma die Arbeitszeit systematisch erfassen müsse. Den Anstoss gab ein Konflikt zwischen der spanischen Gewerkschaft CCOO und der Deutschen Bank. Ihre Angestellten konnten weder ihre reale Arbeitszeit noch Überstunden erfassen. Das höchste EU-Gericht macht jetzt klar: Eine verlässliche Zeiterfassung ist Pflicht. Obwohl der Entscheid nur für EU-Mitglieder gilt, ist er auch für die Schweiz wichtig: Die bürgerliche Mehrheit im Parlament will das Arbeitsgesetz schleifen, also auch die Arbeitszeiterfassung. Dagegen wehren sich die Gewerkschaften.

Frauenstreik: Die Fotografin, die Katechetin, die Hebamme

Darum streiken sie am 14. Juni

Die Frauenstreik-Bewegung ist so breit wie die Frauenbiographien bunt. work-Redaktorin Patricia D'Incau dokumentiert drei Beispiele von unzähligen.



«Ich bin oft die einzige Frau, die fotografiert»

Yoshiko Kusano (48), Fotografin



Am 14. Juni ist Yoshiko Kusano mittendrin. Mit der Kamera in der Hand. Sie will den Frauenstreik in Bildern festhalten. Dokumentieren, wie kraftvoll und kreativ die Frauen an diesem Tag ihre Gleichstellung einfordern. «Und zwar nicht nur an den zentralen Orten wie auf dem Bundesplatz», erklärt Kusano. Sondern auch auf dem Land, in den Fabriken, in den Spitälern und auf den Bauernhöfen in der ganzen Schweiz.

HALTUNG. Damit das gelingt, hat die Fotografin gerade einen Aufruf lanciert. An ihre Berufskolleginnen in allen Landesteilen. Auch sie sollen die regionalen Streikaktionen dokumentieren. Die Bernerin findet es wichtig, dass sie sich für den Frauenstreik zusammentun. Denn: «Es geht dabei auch um eine Haltung, die wir vertreten. Wir zeigen: «Hey, es gibt so viele gute Fotografinnen. Es gibt keinen Grund, immer Männer vorzuziehen.» Gerade das passiere eben auch in ihrem Beruf. Zwar sei die Branche für alle hart, auch für Männer. Aber: «Oft bin ich an einer Veranstaltung die einzige Frau, die fotografiert», erzählt Kusano. Und als sie Mutter geworden sei, haben sie öfter die Frage gehört, ob sie denn jetzt überhaupt noch arbeiten würde. Etwas, was einem Mann kaum passiere. Den Frauenstreik will Kusano auch nutzen, um die Fotografinnen stärker zu vernetzen. Denn: «Jobs und Aufträge sind rar. Wir stehen immer im Wettbewerb untereinander.» Gerade das soll am 14. Juni anders sein: «An diesem Tag stehen wir zusammen und nicht in Konkurrenz.»

«Aus dem Sumpf der katholischen Kirche waten»

Vroni Peterhans-Suter (56), Katechetin und Vizepräsidentin Schweizerischer Katholischer Frauenbund (SKF)

Ihr Streiktoune hat Vroni Peterhans schon parat: eine selbstgebastelte pinkige Mitra, den Bischofshut, für auf den Kopf. Ein T-Shirt mit dem Frauenstreik-Logo. Und ein Paar schwarze Stiefel, verziert mit pinkigen Punkten. Als Symbol dafür, «dass wir Frauen aus dem Sumpf der katholischen Kirche waten wollen», sagt Peterhans. Sie meint damit die unzähligen Missbrauchsfälle und Skandale in der Kirche. Aber auch, dass Frauen bis heute von allen bedeutenden Posten ausgeschlossen sind. Die Katechetin findet: «Jetzt muss etwas passieren!» Frauen und Männer sollen – auch in der Kirche – gemeinsam entscheiden. Viele andere Kirchenfrauen sehen das genauso. 130 000 Mitglieder hat der Katholische Frauenbund in der Schweiz. Sie alle sollen sich am Frauenstreik beteiligen – und darüber hinaus das ganze Wochenende protestieren. «Die Pfarreisekretärinnen werden die Arbeit niederlegen und Frauen, die fürsorgliche Arbeit machen, Protestsymbole tragen», erklärt Peterhans. Auf die Strasse gehe es dann aber zusammen: «An den regionalen Kundgebungen am 14. Juni sind wir dabei. Solidarisch, mit all den anderen Frauen.»



HÄSSIGER BISCHOF. Wenn der Frauenstreik vorbei ist, geht der Kirchenprotest weiter. Peterhans sagt: «Dann setzen wir uns vor die Kirche und teilen Wein und Brot.» Pinkige Fahnen werden von den Kirchtürmen wehen, die Kirchen mit pinkigen Punkten dekoriert sein. «Der steht für das Käppchen, das Bischöfe unter ihrer Mitra tragen», erklärt Peterhans. Indem sie den pinkigen Punkt zum Streiksymbol machen, wollen sie zeigen: Auch die Frauen sind fähig, höhere Ämter zu tragen. «Ja, vielleicht wird ein Bischof hässig. Aber dann wissen wir wenigstens: Wir haben es geschafft, wir werden endlich beachtet», sagt sie und lacht fröhlich.

«Hebammen verdienen zu wenig»

Barbara Stocker (51), Hebamme und Präsidentin Schweizerischer Hebammenverband (SHV)



Am Streiktag stellen sich die Hebammen einen Wecker. Um 11 Uhr wird es surren und klingeln, dort, wo sie gerade im Einsatz sind. Und kurz vor halb 4 gleich nochmals. Ab dann nämlich arbeiten Frauen in der Schweiz, gemessen an den Männerlöhnen, gratis. Hebamme Barbara Stocker erklärt: «Unsere Aktion ist ein symbolischer Weckruf.» Damit es für die Frauen in der Schweiz endlich vorwärtsgehe. Beim Lohn, bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und bei der Anerkennung der vielen Care-Arbeit, die Frauen leisten.

LEIDENSCHAFT. Streiken können Hebammen nicht, erklärt Stocker: «Die Leidtragenden wären andere Frauen. Und es ist klar: Wir lassen keine Frau im Stich.» Deshalb suchen sie andere Wege zum Protest: Indem sie Buttons tragen, mit den Frauen über die Streikthemen sprechen und an den Demos teilnehmen, die gegen Abend in der ganzen Schweiz stattfinden. Denn: «In unserem Beruf spüren wir jeden Tag den Druck, der auf den Frauen in der Arbeitswelt lastet.» Schon im Wochenbett sei das Thema Arbeit für viele Frauen wieder da. Der kurze Mutterschaftsurlaub, die Organisation der Schicht- und Nachtarbeit, die geringe Wertschätzung, etwa gegenüber dem Stillen, lösen bei Müttern Stress aus. Genauso wie die Arbeit auf Abruf, die immer mehr zunimmt. Das erleben Hebammen auch selbst, wenn sie Mütter werden. «Zu unserem Beruf gehören unregelmässige Arbeitszeiten», sagt Stocker, «denn Geburten finden Tag und Nacht statt.» Manchmal sei dies «Raubbau an der eigenen Gesundheit», findet sie. Deshalb sollte wenigstens der Lohn stimmen. Stocker sagt: «Wir machen unseren Beruf aus Leidenschaft, mit hundertprozentigem Einsatz. Aber für die verantwortungsvolle Arbeit, die wir leisten, verdienen wir zu wenig.» Auch darum geht es der Hebamme am Frauenstreik: «Um bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Frauen.»



Der Frauenstreik am 14. Juni

Die Frauen haben genug: Am 14. Juni 2019 kommt der zweite Frauenstreik. Es geht um Lohngleichheit und unbezahlte Hausarbeit. Um Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und um das Ende von Sexismus und Gewalt. Alle Hintergründe zu den Streikforderungen, den geplanten Aktionen und den Vorbereitungen in den verschiedenen Regionen gibt es auf www.workzeitung.ch/frauenstreik.

Frauenstreik: Martullo-Blochers Drohung verpufft

Die Ems-Chemie-Chefin poltert gegen den Frauenstreik und droht ihren Beschäftigten. Doch die Bündnerinnen lassen sich nicht einschüchtern.

JONAS KOMPOSCH

Der Frauenstreik naht und ist in aller Munde. Einer Handvoll Ewiggestriger stösst das sauer auf. So auch Magdalena Martullo-Blocher, SVP-Führungsmitglied und Chefin der Ems Chemie. Streikende Frauen? Das gehe «auf keinen Fall», schon gar nicht in einer Chemiefabrik, gab sie der «Schweiz am Wochenende» zu Protokoll: «Alle unsere Mitarbeitenden, ob Mann oder Frau, haben am 14. Juni sicher anderes zu tun, als zu streiken» – Punkt. Gleichzeitig drohte Martullo den Gewerkschaften: «Ein Streik würde zur Kündigung des Kollektiv-Arbeitsvertrages führen.» Doch damit nicht genug. Überheblich sagte die Milliardärin von Herrliberg, die Bündnerinnen hätten keinerlei Interesse am Streik, da sie «sehr bodenständig» seien. Das kam bei den Bündnerinnen gar nicht gut an. Caroline Walter vom Bündner Gewerkschaftsbund: «Wir lassen uns sicher nicht einschüchtern.» Der Bündner Frauenstreik sei auf bestem Weg, breit abgestützt, und selbst aus Ems werde es einen Demozug nach Chur geben.

MACHT DER MASSE

Dass Martullo-Blochers angeordnete Konsequenzen auch einer rechtlichen Prüfung standhalten würden, ist ohnehin unwahrscheinlich. Zwar gilt in Betrieben mit Gesamtarbeitsverträgen (GAV) tatsächlich eine Friedenspflicht. Doch diese betrifft nur Angelegenheiten, die auch durch den GAV geregelt werden können. Die gesellschaftlichen und politischen Anliegen des Frauenstreiks gehören nicht dazu. Das bestätigt Corinne Schärer, Unia-Verantwortliche für den Frauenstreik: «Die Drohung von Martullo-Blocher ist der Gipfel! Illegal ist nicht der Streik, sondern der Bruch der Verfassung, die Lohngleichheit vorschreibt.»

Gedroht und gepoltert hatten einige Chefs schon 1991, vor dem ersten Frauenstreik. Als dann aber Zehntausende auf die Strassen gingen, sahen sie von Strafen ab und schickten den Frauen Blumen. Diese Entwicklung zeichnet sich auch heute ab. Unzählige fortschrittlichere Unternehmen haben ihren weiblichen Angestellten bereits verlängerte Pausen oder einen freien Tag zugesichert – teils sogar mit Lohnfortzahlung.



MIT DEM HAMMER: Milliardärin Magdalena Martullo-Blocher.

FOTO: SABINE WUNDERLIN / BLICK

Die Briefträgerin & der Spezialtransport

Es ist schon einige Zeit her, also sozusagen verjährt. Deshalb kann die Briefträgerin die Geschichte heute erzählen. Es war bei den grossen Blöcken neben dem Supermarkt. Bei denen mit den 50er-Jahre-Kastenanlagen, wo die Briefträgerin mit der Post, die nicht schon von der Maschine vorsortiert wurde, hin und her hastete auf



Katrin Bärtschi ist Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

der Suche nach dem richtigen Einwurf. Sie war noch nicht lange auf dieser Tour, und in Häusern wie diesen leben viele Nationen beieinander. Auf den Schildern fremdländische Namen, die Vornamen unter-

«In der Tasche war ein Rotweinvorrat und obenauf ein Aktionspaket Schokolade.»

schiedlich, die Familiennamen manchmal mehrmals gleich. Wie Müller oder Streit, nur weniger vertraut.

Bei solchen Hochhäusern verbringt die Briefträgerin meist einige Zeit im Hauseingang. Was an jenem Tag angenehm war, denn es regnete wie aus Kübeln. Als sie zurück zum Fahrzeug kam, sprach ein alter Mann sie an. «Meine Einkäufe sind sehr schwer. Würden Sie sie zu mir nach Hause fahren?» Die Briefträgerin stutzte einen Moment. «Wo wohnen Sie denn?» – «Im Altersheim bei den Bahngeleisen.» Die Briefträgerin zögerte, das Altersheim lag ganz und gar nicht auf ihrer Tour. Doch sie zögerte nur kurz. «Geben Sie mir Ihre Tasche», sagte sie zum Mann, der strahlend meinte: «Stellen Sie sie einfach beim Empfang hin und sagen Sie, sie gehöre Herrn F.»

Die Briefträgerin nahm die Tasche, Flaschen klirrten aneinander: Ein Rotweinvorrat und obenauf ein Aktionspaket Schokolade. Die Briefträgerin montierte ihren Helm und fuhr los in Richtung Altersheim. Den Zeitscanner der Post hatte sie nicht auf «Kurzpause» eingestellt. Sie deponierte die Einkäufe beim Empfang. «Für Herrn F.», sagte sie, und die Frau am Schalter fragte verdutzt: «Ist das eine neue Dienstleistung der Post?» – «Heute schon», antwortete die Briefträgerin, verabschiedete sich, fuhr zurück und setzte ihre Tour fort.

DER CLOU. Zwei Tage später sprach eine Frau sie vor dem Supermarkt an: «Ich habe kürzlich gesehen, wie Sie einem alten Mann die Einkäufe abnahmen. Hier haben Sie einen Fünfliber, gehen Sie Kaffee trinken.» Das war der Clou der Geschichte, denkt die Briefträgerin und lacht, als sie sich erinnert, wie sie zum Restaurant fuhr, «Kurzpause» eintippte, einen Kaffee bestellte, sich zurücklehnte und durch das Fenster auf den Platz vor dem Supermarkt schaute.

Warum hat die Unia im letzten Jahr Mitglieder verloren?

3 brisante Fragen an Unia-Geschäftsleitungsfrau Véronique Polito



IM WANDEL: Die Unia durchläuft zurzeit einen Transformationsprozess. Der Dienstleistungssektor erhält mehr Gewicht. Im Bild der Unia-Kongress von 2016. FOTO: THIERRY PORCHET



FOTO: MANU FRIEDERICH

Im letzten Jahr hat die Unia so viele Mitglieder verloren wie noch nie. work hat nachgefragt.

1 work: Wie viele Mitglieder genau hat die Unia 2018 verloren?

Véronique Polito: Bis 2017 ist die Unia kontinuierlich gewachsen, doch 2018 mussten wir einen Rückgang verzeichnen. Per Ende 2018 zählte die Unia 193 096 Mitglieder, das sind rund 7000 weniger als im Vorjahr. Dieses Jahr sehen die Zahlen aber schon wieder besser aus.

2 Was sind die Gründe für diesen Rückgang?

Letztes Jahr mussten wir leider ausserordentlich viele Austritte verzeichnen. Unter anderem traten zahlreiche Mitglieder aus, weil sie zurück in ihr Heimatland gingen. Vor allem nach Portugal. Ganz grundsätzlich stecken wir aber in einem Transformationsprozess – und nicht nur wir, sondern alle

Per Ende 2018 zählte die Unia 193 096 Mitglieder.

Gewerkschaften: Die Zahl der Beschäftigten in den traditionellen Branchen Bau und Maschinenindustrie nimmt ab. Und damit auch die Zahl der Mitgliedschaften aus diesen Branchen. Das stellt uns vor eine grosse Herausforderung. Entweder es gelingt uns, die wachsende Zahl der Beschäftigten im Dienstleistungssektor für die Gewerkschaften zu gewinnen, also zum Beispiel im Detailhandel, in der Logistik, der Langzeitpflege oder der Reinigung, oder die Gewerkschaften

verlieren langfristig ihre Bedeutung. Dieser Transformationsprozess gelingt uns eben nicht jedes Jahr gleich gut.

3 Was will die Unia gegen den Mitgliederverlust tun?

Schon heute ist der Dienstleistungssektor innerhalb der Unia der grösste Sektor. Wir organisieren mehr Junge, mehr Frauen und mehr Verkäuferinnen als noch vor zehn Jahren. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Und den wollen wir weitergehen.

Pensionskassen-Plan: 15 Prozent weniger Rente!

Das Pensionskassensystem taumelt: die Beiträge steigen, die Renten sinken. Die Verzinsung des angesparten Kapitals wird immer mickriger, und der Umwandlungssatz sinkt. Dieser bestimmt,

Nur noch 5800 Franken Rente statt 6800 Franken.

können die Versicherungen bereits jetzt machen, was sie wollen – darum befinden sich die Umwandlungssätze hier seit längerem im steten Sinkflug. Im Obligatorium hat der Bund ein Wort mitzureden. Hier liegt der Satz noch bei 6,8 Prozent.

KAHLSCHLAG. Jetzt lanciert der Schweizerische Pensionskassenverband Asp einen massiven Kahlschlagvorschlag. Er will den Umwandlungssatz auf 5,8 Prozent senken. Das heisst konkret: statt pro 100 000 Franken Alterskapital einer Rente von 6800 Franken wären es dann nur noch 5800 Franken – das entspricht einer Rentenkürzung von 15 Prozent. Gleichzeitig füllen sich Versicherungen, Banken und Broker die Taschen jährlich mit Hunderten von Millionen Franken Versicherungsgeldern. Die Gewerkschaften haben bereits Widerstand gegen diesen Rentenklau angekündigt. (cs)

Eine Gewerkschaft ist das nicht «Angestellte Schweiz» wollen länger arbeiten lassen

Schon wieder provoziert der Verband «Angestellte Schweiz» mit einer arbeitnehmerfeindlichen Position.

Man müsse das Rentenalter 65 «überdenken», sagt Stefan Studer, Geschäftsführer des Verbands «Angestellte Schweiz». Denn die AHV sei in einer «bedrohlichen Schieflage». Besser wäre es, das Pensionsalter an

«Angestellte Schweiz» fällt zahlenmässig wenig ins Gewicht.

die Entwicklung der Lebenserwartung zu koppeln, so Studer gegenüber der «NZZ am Sonntag». Der Blick titelte darauf «Höheres Rentenalter: Widerstand der Gewerkschaften bröckelt».

WINZLING. Das ist gleich doppelt falsch. Erstens fällt «Angestellte Schweiz» mit seinen nur noch 16 000 Mitgliedern zahlenmässig wenig ins Gewicht. Denn die beiden relevanten Ge-

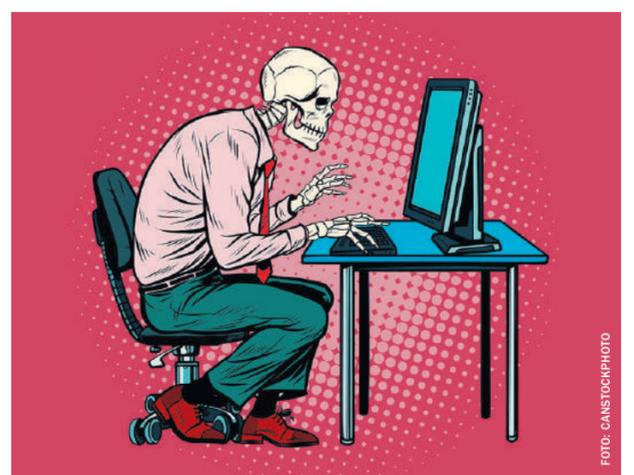


FOTO: GANSTOCKPHOTO

CHRAMPFEN BIS ÜBER DEN TOD HINAUS? Der Verband «Angestellte Schweiz», der vor allem Kaderleute vertritt, will das Rentenalter erhöhen.

werkschaftsdachverbände der Schweiz, SGB (360 000 Mitglieder) und Travail Suisse (150 000) sprechen sich glasklar gegen ein höheres Rentenalter aus.

Zweitens vertritt «Angestellte Schweiz» vor allem die Interessen der besserverdienenden Angestellten und des Kadern. Zu seiner Gründung 2006

bezeichnete sich der Verband explizit «als Dienstleistungsorganisation für Arbeitnehmende» und nicht als Gewerkschaft.

Schon mehrmals fiel der Verband mit arbeitnehmerfeindlichen Positionen auf. 2017 forderte er etwa die 60-Stunden-Woche. (che)



WIDER DIE FINANZHAIE: Überall in Europa wachsen soziale Protestbewegungen heran. Hier eine Mieter-Kundgebung in Berlin. FOTO: KEYSTONE

Vor den Europawahlen vom 26. Mai 2019:

Die soziale Frage ist endlich zurück

Immer mehr Europäerinnen und Europäer nehmen den Zerfall ihrer wirtschaftlichen Sicherheit nicht mehr hin. Das zwingt die Linke zur Selbstkritik.

OLIVER FAHRNI

Eine Tote, 5 Hände abgerissen, 23 Augen ausgeschossen und Dutzende zu Krüppeln geschlagen. 9000 Menschen festgenommen, 101 Journalistinnen und Journalisten malträtiert: Seit November 2018 lässt der französische Präsident Emmanuel Macron die sozialen Bewegungen mit extremer Gewalt unterdrücken. Zuletzt traf die Repression die Gewerkschaften am 1. Mai: 158 Verletzte im ganzen Land. Philippe Martinez, Generalsekretär der Gewerkschaft CGT, warf Innenminister Christophe Castaner vor, «ein Klima des Bürgerkrieges» zu schüren.

Trotz Repression zwang die lange Reihe von Revolten und Streiks der Bähn-

ler, der Lehrerinnen, des Pflegepersonals, der Rentnerinnen und Postangestellten, der öffentlich Bediensteten und der gelben Westen den französischen Präsidenten zum Handeln. Im Dezember verkündete dieser «die Verbesserung der Kaufkraft» um 11,5 Milliarden Franken. Jetzt, kurz vor der Wahl des neuen Europäischen Parlaments am 26. Mai, legte er stark nach. 2020 sollen die Haushalte im Durchschnitt über fast 1000 Franken mehr verfügen.

Fremdenfeinde sind dort stark, wo die Linken rechts wurden.

Ein wenig Umverteilung? Nicht wirklich. Macron schiebt den Konzernen und Reichen weiter Milliarden zu, will aber die EU-Sparkriterien einhalten. Also schneidet er tief in die soziale Sicherheit, in die Renten und in den Service public. Er probt gerade eine neue Regierungsform – den autoritären Neoliberalismus.

NEUE PROTESTBEWEGUNGEN

Macrons «Kurve in gerader Linie» (der Publizist Laurent Joffrin) zeigt: Die soziale Frage ist zurück. Überall in Europa wachsen Protestbewegungen heran. In Deutschland zuletzt etwa gegen den Mietwucher, aber auch gegen ein Wirtschaftssystem «Exportweltmeister», das mit tief gehaltenen Löhnen massenweise arbeitende Arme schafft.

In Grossbritannien provozieren der massive Rückbau des Service public (Gesundheitsversorgung usw.) und der sozialen Sicherheit nicht nur eine scharf sinkende Lebenserwartung, sondern den täglichen Aufruhr von Hunderten neuer Bürgerbewegungen. Unter dem Druck der Strasse entzweit sich Italiens rechte Regierungskoalition gerade wegen der miesen Ausgestaltung des Grundeinkommens.

Derlei lässt sich aus zahlreichen der 28 EU-Länder berichten. Viele ihrer Bürgerinnen und Bürger nehmen die Angriffe auf ihre Lebens- und Arbeitsformen, auf ihre Löhne und Renten nicht mehr hin. Sie haben mit dem neoliberalen Glaubenssatz gebrochen, es gebe keine Alternative zu Sozial- und Lohnabbau, Privatisierung und Sparhaushalten, ungerechter Steuerordnung und der Vermögenskonzentration. Dieser wachsende Widerstand verschiebt

die politischen Verhältnisse. So wird die soziale Frage entscheidend für die Wahlen in etlichen Ländern – auch für die Europawahl Ende Mai.

ADIEU SCHRÖDER & CO.

Ein starker Teil der Wahlberechtigten wird sich den 700 aufgelegten Wahllisten verweigern. Ein weiterer Teil äussert die Absicht, für eine ultrarechte, nationalistische Partei einzulegen. In Italien, Polen und Ungarn regieren die Rechtsextremen und Neofaschisten schon, in Spanien ist Vox gerade ins Parlament eingezogen, Frankreichs Rassemblement national (RN) von Marine Le Pen rangiert in den Prognosen an erster Stelle – vor Macrons Partei LREM.

Die Ultrarechten, die früher aus der EU austreten wollten, planen heute, sie von innen auszuhöhlen. Sie werden massiv durch US-Kapital unterstützt.

Der Nationalismus ist die giftige Geburt des Neoliberalismus. Doch in politischer Blindheit analysieren das viele als «Populismus». Das verschleiert nur die Tatsache, dass die fremdenfeindliche Rechte dort zulegt, wo die Regierungslinke, Europas Sozialdemokratien, die neoliberale Zerstörung mitgestalten. Statt ihrem Kernanliegen, der sozialen Gerechtigkeit, zum Durchbruch zu verhelfen.

Erschrocken hat sich jetzt die deutsche Sozialdemokratie von der Agenda ihres früheren Bundeskanzlers Gerhard Schröder und seiner Arbeitsmarktreform Hartz IV abgewendet, die einen riesigen Tiefstlohnsektor geschaffen hatte. Auch Italiens Partito Democratico hat mit dem früheren Premier Matteo Renzi und seiner rabiatischen Abschaffung des Arbeitsschutzes und der Rechte der Gewerkschaften gebrochen. Grossbritanniens Labour schliesslich ist schon länger von Tony Blairs Finanzkapitalismus weggekommen.

Längst formiert sich aber auch eine neue Linke (siehe Kasten). Sie stellt die soziale Frage wieder radikaler. Und verbindet sie mit dem Ökologieproblem.

Der Ausgang der EU-Wahlen ist ungewiss. Einen kleinen Hinweis könnten aber Frankreichs Gilets jaunes liefern. Seit sechs Monaten protestieren sie jeden Samstag. Migration oder das Geschwafel von der nationalen Identität, mit denen die Nationalisten wuchern, waren in ihren Manifesten nie ein Thema.



la suisse existe
Jean Ziegler

ABSCHRECKUNG

«Die europäische Flüchtlingspolitik ist eine grausame Flucht in die Welt der Taschenspielererei», schreibt Gieri Cavelti im «Sonntagsblick» (21. 4. 2019). Vor einem Monat hat die EU jegliche Seerettungsaktion für ertrinkende Flüchtlinge eingestellt. Eine Folge des massi-

Die EU-Betonköpfe wissen, dass Libyens Küstenwache Flüchtlingen nicht hilft.

ven Drucks rechtsextremer Regierungen und Parteien. Die EU

beschränkt sich von jetzt an auf eine «Beobachtermission». Drohnen überwachen die Fluten und signalisieren der libyschen Küstenwache in Not geratene Schiffe.

ÜBER 2000 TOTE. Heute ist noch ein einziges privates Schiff aktiv, die «Alan Kurdi», die von der grossartigen deutschen Hilfsorganisation Sea-Eye betrieben wird. Es ist nach dem kleinen Jungen benannt, der Anfang September 2015 in der Ägäis tot an den Strand gespült wurde. Über 2000 Menschen sind auf ihrer Flucht vor Gewalt, Folter und Hunger seit Beginn dieses Jahres im Mittelmeer ertrunken. Seit der Jahrtausendwende starben über 45 000.

«Taschenspielererei» ist ein eleganter Ausdruck für Betrug. Die EU subventioniert mit Milliarden Euro die libysche Küstenwache. Diese Schnellboot-Mafia ist durchsetzt mit Komplizen verschiedener internationaler Verbrecherkartelle, die den Exodus der Gummiboote organisieren.

Die EU-Betonköpfe wissen genau, dass die Küstenwache keine humanitäre Hilfe an Flüchtlinge in Seenot leistet. Höchstens verschleppt sie die verzweifelten Menschen in die überfüllten Lager der libyschen Regierung oder in die Privaterkerker der Schleppermafia. Die kluge Analyse von Gieri Cavelti kann nahtlos auf das östliche Mittelmeer übertragen werden. Auch dort praktiziert die EU ihre «grausame Taschenspielererei». 2016 schloss Brüssel mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan ein Abkommen: Seine Regierung verpflichtet sich, alle Flüchtlinge zurückzunehmen, die aus der Türkei auf die griechischen Inseln in der Ägäis gekommen sind, aber kein Asyl erhalten. Dafür erhält sie 15 Milliarden Euro.

Auf den Inseln, den sogenannten Hotspots, prüfen allerdings nur vereinzelte EU-Beamte die Asylgesuche. In der Kaserne von Moria auf Lesbos sind seit 2016 Tausende von syrischen Familien unter unmenschlichen Bedingungen gefangen, ohne jegliche Hoffnung auf die Prüfung ihrer Gesuche. Erdoğan seinerseits hat die EU-Gelder für die Errichtung einer 850 Kilometer langen Befestigung an der türkisch-syrischen Grenze eingesetzt, die jede Flucht fortan verhindern soll.

BRÜSSELS STRATEGIE. Das nie offen genannte Ziel der europäischen Flüchtlingsstrategie heisst Abschreckung. Den Menschen, die vor Krieg und Hunger flüchten, soll durch die fürchterlichen Zustände in den Internierungslagern und den Hotspots der Wille zum Verlassen ihres Landes gebrochen werden. Aber wessen Kinder tagtäglich von Tod bedroht sind, der wird alles tun, um sie zu retten. Ende dieses Monats sind Wahlen zum Europäischen Parlament. Es ist zu hoffen, dass die gegenwärtige schändliche EU-Exekutive im Abfalleimer der Geschichte verschwindet.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein jüngstes, in Deutsch erschienenes Buch heisst: «Was ist so schlimm am Kapitalismus? Antworten auf die Fragen meiner Enkelin».

Manifest: Die bessere EU

Soziale und ökologische Gerechtigkeit stehen im Zentrum von drei Dutzend Bewegungen und Parteien, die mit ihren Programmen dieser Tage die Politik aufmischen. Manche, wie Deutschlands «Die Linke», Spaniens «Podemos» oder «La France Insoumise» von Jean-Luc Mélenchon sind gut aufgestellt. Andere, wie die transnationale Bewegung «European Spring», die auf ihrer



Yánis Varoufákis, Ex-Wirtschaftsminister von Griechenland.

FOTO: OLAF KOSINSKY

deutschen Liste mit dem früheren griechischen Wirtschaftsminister Yánis Varoufákis antritt, suchen ihr Publikum. Was sie eint, sind eine ganze Reihe starker Vorschläge, die der Ungleichheitsforscher Thomas Piketty so zusammenfasst: «Ein anderes Europa ist möglich.» Piketty hat ein von 100 000 Personen unterzeichnetes Manifest verfasst, in dem der Ökonom unter anderem eine gerechte Steuerordnung skizziert (www.rebrand.ly/eu-piketty). Die Wüste EU lebt. (olf)

Gewerkschaftsbund hat die Temporärarbeit unter die Lupe genommen

Je temporärer, desto prekärer für alle

Im vergangenen Jahr leisteten Temporärbeschäftigte 2,6 Prozent aller in der Schweiz erbrachten Arbeitsstunden. Ein historischer Höchststand. Und gefährlich.

CLEMENS STUDER

Seit Anfang der 1990er Jahre hat sich der Anteil der Temporärarbeit am gesamten Schweizer Arbeitsmarkt mehr als verfünffacht. Ein enormes Wachstum für eine bedenkliche Arbeitsform. Unia-Chefin und SGB-Co-Vize Vania Alleva sagt: «Temporärarbeit ist eine prekäre Arbeitsform. Die Temporärangestellten sitzen quasi auf dem Schleudersitz. Sie haben keinen festen Vertrag. Eine blosse Schwankung beim

Temporärarbeit ist sehr häufig mit Lohndumping verbunden.

Auftrags-
eingang,
ein kleiner
Konzentration-
fehler oder
auch nur

ein falsches Wort, und schon bist du weg.» Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat die Lage im Personalverleih analysiert und seine Erkenntnisse jetzt veröffentlicht (das Dossier zum Herunterladen gibt's hier: www.rebrand.ly/temporaer).

REGULIERUNG HILFT

Seit sechs Jahren gibt es in der Branche einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Dieser brachte einige Verbesserungen wie etwa Mindestlöhne und eine bessere soziale Absicherung. Aber es gibt in der Branche noch viele Probleme. Zum Beispiel:

- Die Temporärarbeit wächst weiter.

- Die Mehrheit der Temporärbeschäftigten arbeitet unfreiwillig temporär.
- Temporärarbeitende haben ein höheres Unfallrisiko als Festangestellte.
- Temporärarbeitende verdienen tendenziell weniger, weil sie oft nur zu den Mindestlöhnen angestellt werden.
- Bei rund einem Drittel der Lohnkontrollen kamen Verstösse ans Licht.

Der SGB hat die Regulierungen des Personalverleihs in verschiedenen europäischen Ländern verglichen. Die Hauptidee: Je strenger die Regulierung ist, desto kleiner der Anteil der Temporärarbeit an der Gesamtbeschäftigung. Und: Temporärarbeit ist in allen untersuchten Ländern mit Lohndumping verbunden.

BUNDESNAHE DUMPEN MIT

Giorgio Tuti ist Chef der Eisenbahnergewerkschaft SEV und SGB-Co-Vize. Er sagt: «Auch im Service-public-Bereich ist die Problemstellung die gleiche: steigende Temporärarbeit, tiefe Löhne und prekäre Arbeitsverhältnisse.» So werden die Temporärbeschäftigten unfreiwillig «gegenüber den Festangestellten zur Dumpingkonkurrenz, und die Anstellungsbedingungen in den GAV geraten vermehrt unter Druck.»

Mit den SBB wurde vereinbart, dass übers ganze Unternehmen hinweg der Anteil der Temporärbeschäftigten höchstens 4 Prozent betragen darf. Das halten die SBB mit 3,6 Prozent zwar ein. Doch in einigen Bereichen sind die Anteile massiv höher. Im Industriewerk Olten zum Beispiel sind von 900 Mitarbeitenden 300 temporär angestellt. Das heisst: ein Drittel der Beschäftigten sind nicht dem SBB-GAV unterstellt.



SCHWERARBEIT: Im SBB-Industriewerk in Olten sind ein Drittel aller Mitarbeitenden temporär angestellt. FOTO: KEYSTONE

Die Gewerkschaften haben zur Verbesserung der Situation der Temporärbeschäftigten und zur Minderung des Drucks, der durch diese prekären Beschäftigungsverhältnisse auf alle Löhne entsteht, Massnahmen ausgearbeitet. Die Forderungen:

- Bund und Kantone legen im Beschaffungswesen Obergrenzen für den Anteil Temporärer fest.

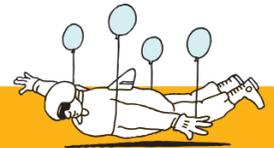
- Temporärangestellte müssen in Sachen Lohn, Arbeitszeit, Sozialversicherungen und Kündigungsschutz gleichbehandelt werden wie Festangestellte.

- Nach sechs Monaten im gleichen Einsatzbetrieb haben Temporäre Anspruch auf eine Festanstellung.

- Die Temporärbüros werden konsequent und regelmässig kontrolliert. Und bei Verstössen ebenso konsequent

sanktioniert. Der neue SGB-Präsident Pierre-Yves Maillard brachte die gewerkschaftliche Haltung so auf den Punkt: «Ob Migrantinnen, Uber-Taxifahrer oder Temporärangestellte: allen Arbeitnehmenden müssen die gleichen sozialen Rechte gewährt werden, und sie müssen für die gleiche Arbeit am gleichen Ort den gleichen Lohn erhalten.»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Klimanotstand: Retten uns die Schnecken vor dem Rinderwahn?

Wir essen zu viel Rindfleisch und belasten so die Umwelt und das Klima. Rindfleischersatz ist darum gesucht. Der Österreicher Andreas Gugumuck hat einen entdeckt: Schnecken.

Viele suchen nach einem Ausweg aus dem blutigen Rinderwahnsinn. Die Zahl der Veganerinnen und Veganer nimmt zu. Aber sie bleiben zumindest vorläufig leider in der Minderheit. Insekten sind seit einiger Zeit – etwa bei Ikea – gross im Kommen. Der Österreicher Andreas Gugumuck – nomen est omen – überrascht uns mit einem neuen Ansatz.

Er züchtet im Wiener Vorland 200 000 Schnecken, lieber Petit und Gros Gris als die heimischen Weinbergschnecken, weil diese ertragreicher sind. Sind sie vier Jahre alt, werden sie in einem dunklen Raum auf Diät gesetzt. Einmal ausgeschissen, verschliessen die Schnecken ihre Schale mit einem Kalkdeckel, schlafen ein und werden im Schlaf sanft abgekocht.

Tönt alles etwas martialisch, soll es aber nicht sein. Schliesslich konnten die Schnecken während vier Jahren auf einer durch einen doppelten Zaun geschützten Weide das Leben an der frischen Luft geniessen und dabei Schale und Muskelmasse aufbauen.

SCHNECKENSCHNITZEL. Bereits in früheren Jahrhunderten verkauften «Schneckenweiber» ihre Delikatessen hinter dem Wiener Dom. Jetzt will der Schneckenzüchter Gugumuck die Original-Wiener-Kalbsschnitzel durch feine Wiener Schneckenmuskelmasse ablösen.



LECKERSCHMECKER: Andreas Gugumuck züchtet in seinem Betrieb bei Wien Schnecken und erntet 250 Kilo Fleisch im Jahr. Schneckenessen ist eine alte Wiener Kulturtechnik. FOTO: GEORGES DESRUES

Jedes Jahr werden in seinem Pilotbetrieb bereits 50 000 Schnecken abgekocht. Jede Schnecke hat 5 Gramm Muskelmasse. Ergibt somit pro Jahr bereits 250 Kilogramm feinstes Schneckenfleisch. Zum Vergleich: Wir Schweizerinnen und Schweizer essen pro Kopf und Jahr 72 Kilogramm Fleisch.

Vorteil Futter: Schnecken brauchen, um gleich viel Muskelmasse aufzubauen wie Rinder, 85 Prozent weniger pflanzliches Futter. Die Schweizer Landwirte könnten also doppelt so viel Fleisch wie heute produzieren, ohne auch nur eine Bohne Soja oder ein Korn Getreide aus der Dritten Welt zu importieren. Grünfütter und etwas Kalk reichen aus. Und wer zeitlebens weniger frisst, produziert logischerweise auch entsprechend weniger Kot. Die Verschmutzung unseres Grund- und Trinkwassers würde rapide abnehmen. Der CO₂-Ausstoss würde fast um den Faktor 7 reduziert.

Vorteil Schlachthäuser: Schlachthäuser werden zu Kampfzonen. Militante Tierschützerinnen und -schützer setzten den Metzgern und ihren Patrons zu. Schnecken können dezentral abgekocht und ausgenommen werden. Keine schreckenerregenden Videos würden jene von uns beunruhigen, die auf feines Fleisch nicht verzichten mögen.

Vorteil Wolf: Schnecken befinden sich nicht auf dem Menuplan des bösen Wolfs, der durch die Randregionen und Vorstädte der Schweiz streift. Es braucht in Uri und anderswo keine bösen Herdenschutzhunde mehr, die Touristen in die Waden beißen. Stattdessen könnten unsere Bergbäuerinnen und Bergbauern frisch angemachte Schnecken-Alpenbutter-Toasts direkt an die Wandernden verkaufen.

Hört und fühlt sich alles noch etwas seltsam an. Aber warum in aller Welt sollten wir dem Klima und unserem Gaumen zuliebe nicht auf Schneckenmuskelmasse umsteigen, um künftig irgendwie etwas Abwechslung neben den Ikea-Insekten-Hamburger zu haben?

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/entstoert Der ehemalige Chef von Nestlé, Peter Brabeck, hat mit seinen Investitionen im Wallis etwas Pech. Er investierte mit staatlicher Hilfe in Leuk 30 Millionen Franken in eine Störzucht. Das Motto: «Wir wollen die Störe nicht schlachten, sondern melken.» Das Projekt scheiterte kläglich. Niemand will zu teuren Schweizer Kaviar essen. Jetzt stehen die Hallen leer. 15 Lohnabhängige haben ihre Jobs verloren. Vielleicht wird es jetzt jemand im zweiten Anlauf mit einer Indoor-Schneckenzucht versuchen.
- rebrand.ly/gugumuck Es war die deutsche Tageszeitung «Die Welt», die uns auf Schneckenzüchter Andreas Gugumuck und seine Schneckenfarm aufmerksam gemacht hat. Wir werden seine Schnecken im kommenden Spätherbst in Wien schlürpfend testen.
- rebrand.ly/coopbundesraetin Coop-VR-Präsident Hansueli Loosli hat alt Bundesrätin Doris Leuthard der Migros weggeschnappt. Deshalb sitzt die ökologische Schnecken-Bundesrätin jetzt im Coop-Verwaltungsrat. Aber auch im Verwaltungsrat von Bell, dem grössten Schlachtbetrieb der Schweiz. Macht sie aus der Schweiz ein Schneckenparadies?

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

Asbest-Katastrophe: Genfer Giftstoffkonferenz versagt schon wieder

Subono und Surya in todernster Mission

Um seine Kollegen vor dem Krebstod zu schützen, blies Subono Bono seinem Chef Asbeststaub ins Gesicht. Das hat gewirkt. Ganz im Gegensatz zur internationalen Diplomatie.

JONAS KOMPOSCH

Genf an einem frühen und kalten Morgen Anfang Mai. Vor dem Internationalen Konferenzzentrum herrscht reger Verkehr. Schwarze Luxuskarossen fahren vor und entladen diplomatisches Personal. Auch etliche Industrievertreterinnen und Lobbyisten treffen ein. Ihr Ziel: die neunte Konferenz zum Rotterdamer Übereinkommen. An diesem Treffen werden völkerrechtliche Verträge über den internationalen Handel mit Giften und Gefahrenstoffen geschlossen. Viel steht auf dem Spiel – Menschenleben, Ökosysteme, aber auch Milliardenumsätze – etwa mit Asbest.

Die hochgefährliche Faser ist auch der Grund, weshalb sich vor dem streng bewachten Konferenzgang eine Protestkundgebung formiert hat. Asiatische Gewerkschaften und Hilfswerke wie Solidar Suisse haben dazu aufgerufen. Sie fordern: Asbest soll endlich weltweit verboten – oder zumindest stark reguliert – werden.

DIPLOMATEN WACHRÜTTELN

Mit dabei ist auch der Gewerkschafter Subono Bono (38) und der Menschenrechtsaktivist Surya Ferdian (39). Sie sind extra aus dem indonesischen Westjava angereist. Der Grund für ihren Schweiz-Besuch? Der ehemalige Zementfabrikarbeiter Subono antwortet wie aus der Kanone geschossen: «Das diplomatische Personal wachrütteln!» Er weiss, wovon er spricht. Der dreifache Vater leidet selbst an einer Asbeststaublunge. Müdigkeit, Husten und Schlafstörungen quälen ihn. Schon vier seiner Arbeitskollegen hat er an asbestbedingtem Krebs sterben sehen – kürzlich zudem seine Schwägerin.

«Keinen Fuss setzen die Chefs in ihre Fabrikhallen.»

Subono fragt: «Wie kann es sein, dass die internationale Gemeinschaft seit Jahren untätig bleibt?» Tatsächlich blockieren eine Handvoll Staaten bereits seit zwölf Jahren jegliche Regulierung des Asbestmarkts. Denn das Rotterdamer Übereinkommen lässt sich nur ändern, wenn alle Staaten einwilligen. Und: Die Diplomaten und Diplomaten bemühten sich bislang nicht, diese aussergewöhnliche Konsensregel durch ein Mehrheitsprinzip zu ersetzen.

HARMLOS WIE HÜHNERMIST?

Damit sich dies ändert, wollen Subono und Surya nun vor der Versammlung reden. Zwei Minuten Sprechzeit habe man ihnen zugesichert. Zu erzählen hätten sie beide viel, viel mehr. Subono ist



EIN WELTWEITES ASBESTVERBOT, JETZT! Das fordern Menschenrechtsaktivist Surya Ferdian (links) und Gewerkschafter Subono Bono aus Indonesien vor dem Uno-Gebäude in Genf. FOTO: OLIVIER VOGELSANG

noch keine zwanzig, als er in einer Baustofffabrik in der indonesischen Stadt Karawang anheuert. Fünfzehn Jahre lang mischt er Zement, schleift Dachplatten und zermalmst Bauschutt zu Pulver. Eine staubige Arbeit – zehn Stunden am Tag, sechs Tage die Woche. Und immer ist Asbest dabei. Wie gefährlich seine Arbeit ist, weiss Subono noch genauso wenig wie seine Kollegen.

Doch im Jahr 2013 taucht vor den Toren der Fabrik ein Fremder auf. Es ist Surya Ferdian, ein ausgewiesener Baustoffspezialist und Aktivist des indonesischen Anti-Asbest-Netzwerks «Inaban». Surya erzählt: «Ich klärte die Arbeiter über Gesundheitsrisiken, Todesraten und Sicherheitsvorkehrungen auf. Alles Themen, die die Fabrikleitung nie angesprochen hatte!» Subono fällt es wie Schuppen von den Augen. Woher seine Lungenschmerzen kommen, ist nun klar. Und: «Endlich verstand ich, warum die Chefs nie einen Fuss in

ihre Fabrikhallen setzten.» Nach Suryas Informationskampagne knüpft sich Subono seinen Vorgesetzten vor: «Ich verlangte nicht viel, bloss Schutzausrüstung für uns Arbeiter.» Doch der Chef hat nur Hohn für ihn übrig. Subono: «Er sagte mir, wir seien selber schuld. Schliesslich stecke ein Bauer seine Nase auch nicht in Hühnermist.»

ENTLASSENER HELD

Subono hat genug gehört. Zurück in der Fabrikhalle, nimmt er eine Asbestplatte, kehrt zurück in die Teppichetage und platzt ins Chefbüro. «Asbest ist also unbedenklich?» habe er gefragt: «dann nimm das!» Er haut die Platte auf den Schreibtisch des Chefs. Sie bricht in Stücke. Dann pustet Subono in das entstandene Häufchen Staub. Worauf der Chef panisch reagiert, sich sein Hemd über die Nase zieht und fluchend aus dem Büro rennt. «Das war der Beweis», sagt Subono, «die Manager wussten immer Be-

scheid.» Subono wird gefeuert. Seine Kollegen feiern ihn wie einen Helden. Fast geschlossen treten sie in die Betriebsgewerkschaft ein, die Subono gründet. Mit Erfolg: Heute stellt die Firma Atemschutzmasken zur Verfügung. Jetzt kämpfen Surya und Subono

«Nie sprach die Fabrikleitung über die Risiken von Asbest.»

für ein weltweites Asbestverbot. Surya als Chef von «Iban», der indonesischen Anti-Asbest-Organisation; Subono als Anführer der Gewerkschaft «Serbuk», die heute 6000 Mitglieder zählt. Auf die Rotterdamer Übereinkunft ist nämlich kein Verlass. Das zeigt die Konferenz in Genf deutlich. Schon wieder können sich die Delegierten nicht einigen und verschieben das Thema «Asbest» auf 2021. Und Subono und Surya können auch nicht reden – nicht einmal zwei Minuten lang.

Asbest-Boom in Ländern des Südens

Wetterfest, brandresistent, stark isolierend und billig. Lange galt Asbest als «Wundermittel» für Industrie und Bauwirtschaft. Allerdings drohen verschiedene Krebsarten und ein qualvoller Tod, wenn die winzigen Fasern des Minerals in die Atemwege gelangen. Heute gilt daher in 124 Ländern ein Asbestverbot. Seit 1990

Jedes Jahr sterben 220 000 Menschen wegen Asbest.

auch in der Schweiz. Trotzdem sterben hier immer noch 120 Menschen jährlich an den Langzeitfolgen ihres Asbestkontakts. (work berichtete: rebrand.ly/zeitbombe) Und: Trotz Verboten floriert das Asbestbusiness wie eh und je. Denn die Produktion hat sich schlicht verlagert – vom reichen Norden in die armen Schwellenländer Asiens, Lateinamerikas und Afrikas. So sterben Jahr für Jahr 220 000 Menschen an asbestbedingten Krankheiten – Tendenz steigend. Asbest ist damit der tödlichste Baustoff überhaupt.

SPIONAGE

Verantwortlich für diese Katastrophe sind gnadenlose Geschäftsinteressen. Rohstoff-Oligarchen aus Russland und Kasachstan sind die hauptsächlichlichen Profiteure. Im Tagebau lassen sie jährlich eine Million Tonnen des todbringenden Minerals fördern. Dabei haben die Asbestkapitalisten nicht die geringsten Skrupel, ihre Interessen mit illegalen Mitteln durchzusetzen. Das hat auch die Anti-Asbest-Bewegung von Subono und Surya erfahren müssen (siehe Text links). Über vier Jahre hinweg waren sie Ziel des Spions Robert Moore. Angeheuert von der US-amerikanischen Firma «K2 Intelligence», infiltrierte der Brite diverse Menschenrechtsorganisationen. Seine Auftraggeber aus der kasachischen Asbestindustrie liessen sich die Informationen über ihre Gegner einiges kosten. Moore kassierte über eine halbe Million Dollar für seine Spitzeltätigkeit. Immerhin: Der Spion flog auf und K2 musste Schmerzensgelder zahlen.

PROPAGANDA

Nicht weniger verlogen geht die Asbestindustrie Russlands vor. Sie gründete unlängst eine Pseudogewerkschaft und taufte sie Chrysotile, ein Synonym für Weissasbest. Der Name ist Programm. Die an-



ASBEST-PROTEST: Aktion in Genf.

gebliche Gewerkschaft verfolgt ausschliesslich ein Ziel: Asbest als völlig unbedenkliches Mineral zu vermarkten. Werk tätige Mitglieder konnte Chrysotile bisher nicht vorweisen. Immerhin gibt es schon einen Slogan: «Generation der Gewinner – Asbest für immer». Längst ist Chrysotile als billige Tarnorganisation für russische Oligarchen-Interessen aufgefliegen. Dennoch konnten ihre Vertreter an der Genfer Giftstoffkonferenz einen Infostand betreiben. Und zwar ausgerechnet neben dem Stand des Asbestopfers Subono. (jok)

50 Jahre Stonewall Wo geht's lang?

Vor 50 Jahren wehrten sich die Besucher des Schwulentreffpunkts «Stonewall Inn» in New York gegen Polizeischikanen. Es kam zu Krämpfen. Das war die Geburtsstunde der Schwulenbewegung. Heute hat sie sich zur LGBTQ-Bewegung verbreitert: Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transmenschen wehren sich gemeinsam für ihre Interessen. Wo aber steht die Bewegung heute? Und wo soll sie hin? Diese Fragen stehen im Zentrum eines Abends im Zürcher Kulturzentrum Kosmos (beim HB). Unter der Leitung von Ernst Buchmüller diskutieren Udo Rauchfleisch, Urs/Vanessa Sager, Brandy Butler, Lou Meili, Gioia Hofmann und Mona Gamie.

Kosmopolitics, Montag, 27. Mai, 20 Uhr. Um 17.45 Uhr ist vorgängig der Film **Armee der Liebenden oder Aufstand der Perversen** von Rosa von Praunheim zu sehen. www.kosmos.ch

Ausstellung Arbeit 4.0 Digitale Revolution

«Museum schaffen» heisst das Ausstellungsprojekt des Historischen Vereins Winterthur. Dieses Jahr wird die Drehereihalle der ehemaligen Schweizerischen Lokomotiv- und Maschinenfabrik (SLM) bespielt. Die Schau «Eins, zwei, drei, 4.0» stellt die Frage nach den industriellen Revolutionen. Wie erlebten sie die Generationen vor



NEUE ÄRA: Ausstellung über die digitale Revolution. FOTO: PD

uns? Und was bringt die jüngste Digitalisierungsrevolution? Die Ausstellung schafft historische Bezüge und will dadurch die grossen Umbrüche der Wirtschaftsgeschichte besser verstehbar machen. Sie tut dies am Ort des Geschehens: in der Lokstadt im Zentrum von Winterthur unweit des Bahnhofs. Achtung: unregelmässige Öffnungszeiten!

Ausstellung: **Eins, zwei, drei, 4.0.** Bis 3. Oktober. Geöffnet jeweils Do 14–18 Uhr, Sa und So 14–17 Uhr. www.museumsschaffen.ch

Ein verdrängtes Kapitel Nazis in der Schweiz

Auch in der Schweiz gab es Fans von Hitler und Mussolini. Sie hieszen «Fröntler». Der Zürcher Autor Yves Schumacher holt mit seinem neuen Buch ein gerne verdrängtes Kapitel aus den 1930er Jahren ans Licht. In der Westschweiz trieben Géo Oltramare und Edgar Fonjalaz ihr braunes Unwesen, in der deutschen Schweiz waren es Demokratiefeinde wie Franz Riedweg, Benno Schaeppi, Franz Burri oder Eugen Wipf. Über 800 Freiwillige gingen sogar über die deutsche Grenze und schlossen sich der Waffen-SS an. Die braune Schweiz war also eine Tatsache. Sie reichte bis ins Bürgertum und ins Bundeshaus.

Yves Schumacher: **Nazis! Fascistes! Fascisti! Faschismus in der Schweiz 1918–1945.** 280 Seiten, Orell-Füssli-Verlag Zürich 2019, ca. CHF 35.–

«En guerre»: Französischer Arbeitskampf auf der Leinwand Wenn Marktgesetze auf Menschen prallen



STREIKFILM: Anführer Laurent Amédéo (Mitte), gespielt von Vincent Lindon im Spielfilm «En guerre». FOTO: PD

Der neueste Spielfilm von Stéphane Brizé geht unter die Haut. Roh und ohne Kitsch zeigt «En guerre» die oft brutalen, aber auch subtilen Dynamiken eines Streiks.

CHRIS KELLEY*

Rote Rauchpetarden, wehende Fahnen und wütende Arbeiterinnen und Arbeiter. Kleber mit der Aufschrift «1100 en lutte» (1100 im Kampf) verzieren ihre Jacken. Elektrifizierende Hintergrundmusik. So beginnt der Film «En guerre» («Im Krieg») des französischen Regisseurs Stéphane Brizé und katapultiert die Zuschauerinnen und Zuschauer rasch, fast schon abrupt, in die Realitäten eines Arbeitskampfes.



IN ACTION: Unia-Mann Chris Kelley. FOTO: UNIA

ARBEIT STATT ABFINDUNGEN

Ein paar Szenen später der totale Kontrast. Keine Hintergrundmusik. Nur schleppende, endlose Diskussionen am Verhandlungstisch, die nirgendwohin zu führen scheinen. Die an-

dere Realität des Arbeitskampfes. Der Film «En guerre» erzählt eine Geschichte, die immer mehr Leute aus eigener Erfahrung kennen: Trotz hohen Profiten entscheidet ein multinationaler Konzern, einen Standort in Südfrankreich zu schliessen. Die Konzernleitung bietet einen Sozialplan an. Doch anstatt sich mit Abfindungen abspesen zu lassen, beschliessen die Arbeiter und Arbeiterinnen einen Streik für die Aufrechterhaltung des Standorts: «Wir wollen am Ende jedes Monats einen Lohn!»

Der wahre Wert der Geschichte liegt darin, dass sie es schafft, den Zusammenprall zweier grundverschiedener Logiken einzufangen: «Marktgesetze» und «Shareholder-Value» versus den Wert der Arbeit und der Menschen, die dahinterstehen. Bereits in «La loi du marché» («Der Wert des Menschen») hat Regisseur

Stéphane Brizé diese fundamentale Auseinandersetzung in unserer Gesellschaft thematisiert.

Die eigentliche Brutalität dieses Zusammenpralls wird weniger durch die stürmischen Streikszenen verkörpert als durch die erstaunlich authentischen Darstellungen der Verhandlungen. Da sind diese jungen Konzernanwältinnen und -anwälte, welche die Fabrikschliessung durch die Vertragsfreiheit zu legitimieren versuchen. Die Anwälte zeigen viel «Verständnis», aber wenig Verhandlungsbereitschaft, und sie versuchen, die Arbeiter und Arbeiterinnen in «Ver-nünftige» und «Radikale» zu spalten. Diese Szenen sind nur schon deswegen gelungen, weil man sich als Zuschauer viel mehr über die Pseudohöflichkeit der Konzernleitung nervt als über ihre sporadischen Aus-rutscher wie «Ihr könnt ja in eine andere Region von Frankreich ziehen, wenn es hier keine Jobs mehr hat.»

Ein Film, der aufwühlt. Auch durch die raffinierte Machart.

«En guerre» wühlt auf. Grund dafür ist nicht nur die Erzählung an sich, sondern auch die raffinierte Machart des Films: Er springt zwischen fiktivem Drama und fast dokumentarischen Szenen. Es gibt klare Hauptrollen – an erster Stelle der Streikführer Laurent Amédéo (Vincent Lindon) – aber dennoch steht das kollektive Schicksal der Belegschaft im Vordergrund. Der Stil des Regisseurs Stéphane Brizé erinnert an den «Social Realism» des englischen Regisseurs Ken Loach, der ebenfalls dafür bekannt ist, die Realitäten von «normalsterblichen Menschen» in filmische Meisterwerke zu verwandeln. Ein ähnlicher Anspruch scheint Brizé zu haben. Er bringt dies zum Ausdruck, indem er, mit Ausnahme des Schauspielers Vincent Lindon, vor allem Laien engagiert – «normalsterbliche» Menschen eben.

ZWISCHEN DRAMA UND DOKU

«En guerre» läuft seit dem 2. Mai 2019 in den Deutschschweizer Kinos.

«En guerre» hat zu Recht mehrheitlich wohlwollende Kritik erhalten. Und er wurde am Filmfestival in Cannes gezeigt. Seine besondere Stärke dürfte all jenen besonders auffallen, die schon mal einen Arbeitskampf miterlebt haben. Und sie werden staunen, wie überzeugend der Film die verschiedenen und manchmal widersprüchlichen Dynamiken eines Streiks auf die Leinwand bringt.

«En guerre» hat zu Recht mehrheitlich wohlwollende Kritik erhalten. Und er wurde am Filmfestival in Cannes gezeigt. Seine besondere Stärke dürfte all jenen besonders auffallen, die schon mal einen Arbeitskampf miterlebt haben. Und sie werden staunen, wie überzeugend der Film die verschiedenen und manchmal widersprüchlichen Dynamiken eines Streiks auf die Leinwand bringt.

work1x1 der wirtschaft

Hans Baumann



DIE SCHWEIZ: EIN STEUERPARADIES NUR FÜR REICHE

Die Fiskalquote misst alle Steuern und Abgaben im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt oder dem Volkseinkommen. Dabei sind auch die Sozialabgaben an AHV, ALV usw. Dies ist ein Mass für die Grösse des staatlichen Sektors, da die Einnahmen des Staates und der Sozialversicherungen auch ungefähr den gesamten Ausgaben entsprechen sollten.

RICHTIG RECHNEN. Bei internationalen Vergleichen scheint die Schweiz immer eine der tiefsten Fiskalquoten aller Länder zu haben. Für 2016 wird von der offiziellen Statistik eine von 27,6 Prozent ausgewiesen, im Mittel aller Industrieländer (OECD) beträgt die so gerechnete Fiskalquote 34,4 Prozent.

Ist die Schweiz folglich ein Steuerparadies mit einem kleinen staatlichen Sektor? Das ist ein statistischer Irrtum. Denn bei den gängigen Vergleichen werden in der Regel nur die Sozialabgaben an staatliche Institu-

tionen wie die AHV mitgerechnet. Die obligatorischen Abgaben an andere Sozialversicherungen, wie bei uns die Krankenkassen und die beruflichen Vorsorge, sind bei diesen Vergleichen nicht enthalten. Rechnet man diese hinzu (in der Grafik als «Sozialabgaben 2» bezeichnet), sieht die Geschichte ganz anders aus. Die so gerechnete Fiskalquote steigt in der Schweiz auf 41,7 Prozent, ein im europäischen Rahmen ganz durchschnittlicher Wert, der sogar deutlich über dem OECD-Mittel liegt.

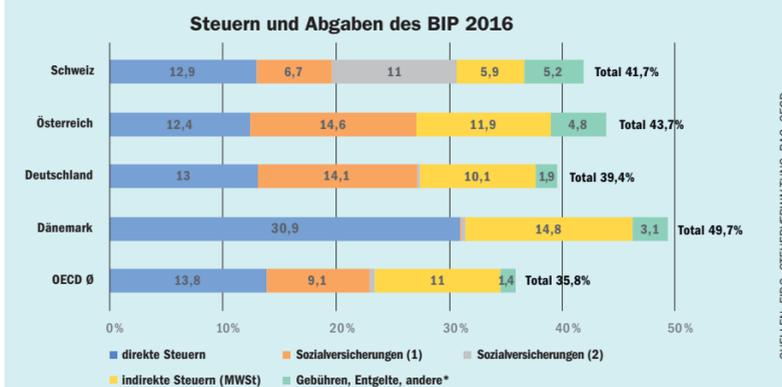
REICHE PROFITIEREN. Dank den tiefen Unternehmenssteuern bleibt die Schweiz allerdings ein Steuerparadies für Unternehmen. Auch Grossverdiener profitieren von der relativ geringen Progression bei der Einkommenssteuer sowie der wenig

sozialen Ausgestaltung der zweiten Säule und der Krankenversicherung. Arbeitnehmende mit tiefen und mittleren Einkommen entrichten jedoch hohe Beiträge an Staat und Sozialinstitutionen, vor allem an die beruf-

liche Vorsorge und die Krankenversicherung. Insgesamt werden sie genauso zur Kasse gebeten wie in anderen Ländern. Oder sogar mehr.

Hans Baumann ist Ökonom und Publizist.

Die steuerliche Belastung im europäischen Vergleich



QUELLEN: EDG, STEUERWALDUNG, BAG, OECD



KAPITÄNIN PIA KLEMP: «Meine Crew und ich, wir haben nichts Unrechtes getan und weder See- noch internationales Recht verletzt. Auf der Anklagebank sitzt nur die Solidarität.» FOTO: MICHEL CANONICA

Pia Klemp (36) rettete Tausenden das Leben Nun drohen der Kapitänin 20 Jahre Gefängnis

Pia Klemp ist Gegenwind gewohnt. Doch was sie jetzt erlebt, stellt alles Bisherige in den Schatten. work traf sie in St. Gallen.

RALPH HUG

Sie konnte es nicht mehr länger ertragen, all diese Meldungen über Tote im Mittelmeer. Darum heiratete Pia Klemp 2016 bei der Initiative «Jugend rettet» an (siehe Box). Das war nur ein kleiner Schritt. Kampagnen auf hoher See war sie gewohnt. Etwa bei «Sea Sheperd», einer Organisation zum Schutz der Meere. Dort kämpfte die studierte Biologin aus Bonn gegen illegalen Fischfang. Und erwarb sich auch gleich das Rüstzeug als Schiffsführerin. So wurde die Frau schliesslich Kapitänin des Rettungsschiffs «Juventa».

Zusammen mit ihrer neunköpfigen Crew konnte sie letzte Woche in St. Gallen den Paul-Grüninger-Preis für Menschlichkeit entgegennehmen (siehe Spalte rechts). Darüber freute sie sich. Trotzdem war es kein Freudentag. An einer Podiumsdiskussion mit anderen Fluchthelfern sagte sie: «Es zerreisst mir das Herz, wenn ich höre, dass weitere Flüchtlinge ertrinken, wir ihnen aber nicht mehr helfen können.» Klemp und die Crew sind blockiert. Stehen sie in See, droht ihnen U-Haft. Faktisch hat Pia Klemp heute ein Berufsverbot. Verantwortlich dafür ist Italiens Innenminister Matteo Salvini (Lega). Der fremdenfeindliche Politiker macht Jagd auf alle Seenotretterinnen und Seenotretter. Mittlerweile ist er fast am Ziel. Vor kurzem liess er eines der letzten zivilen Rettungsschiffe, die «Mare Jonio», festsetzen. Es hatte 30 Migranten in Seenot gerettet.

«Das solidarische Handeln für Menschen in Seenot wird kriminalisiert.»

KAPITÄNIN PIA KLEMP

lich dafür ist Italiens Innenminister Matteo Salvini (Lega). Der fremdenfeindliche Politiker macht Jagd auf alle Seenotretterinnen und Seenotretter. Mittlerweile ist er fast am Ziel. Vor kurzem liess er eines der letzten zivilen Rettungsschiffe, die «Mare Jonio», festsetzen. Es hatte 30 Migranten in Seenot gerettet.

LEBENSRETTUNG KRIMINALISIERT

Salvini will keine Flüchtlinge mehr ins Land lassen. Mit gütiger Beihilfe der EU. Wer Leben rettet, wird der «Beihilfe zur illegalen Einwanderung» bezich-

tigt und strafrechtlich verfolgt. Auch Kapitänin Klemp. Die Staatsanwaltschaft im sizilianischen Trapani bereitet einen Prozess gegen die «Juventa»-Leute vor. Pia Klemp sagt zu work: «Das ist politisch motiviert. Es soll ein Schauprozess werden, um alle Helferinnen und Helfer abzuschrecken.» Sie schüttelt ob dieser Perversität den Kopf. «Einfach widerlich!» Gleichzeitig macht eine Bordkollegin von Klemp unmissverständlich klar, dass sie nicht klein beigeben: «Wir werden nicht schweigen.»

EIN SPION BEREUT

Klemp schildert work das skrupellose Vorgehen der Behörden. Die «Juventa» war verwandt worden, Telefone wurden abgehört, verdeckte Ermittler und Agenten des Militärgeschwaderdienstes waren im Einsatz. Salvini braucht Beweise für den Schlepper-Vorwurf und für eine konstruierte Anklage. Das alles geht aus den Akten zur Beschlagnahme des Schiffes hervor. Ein Sicherheitsmann mit Verbindungen zur rechtsextremen «identitären Bewegung» hatte Salvini mit Informationen beliefert. Der Mann bereut heute seine Dienste als Spion. Er ist arbeitslos und fühlt sich verraten. Die Anklage stützt sich auf seine Beobachtungen. Danach soll die «Juventa»-Crew angeblich mit Schleusern zusammengearbeitet haben. «Das ist falsch und absurd», sagt Pia Klemp. Sie ist wütend, wie eiskalt sie aus dem Verkehr gezogen wurden. Alles nur wegen des Einsatzes für Humanität und Menschlichkeit.

Der Prozess wird die Crew mindestens eine halbe Million Franken kosten. Da ist der Grüninger-Preis mit 50 000 Franken ein zwar kleiner, aber willkommener Zustupf. Die «Juventa-10», wie sie auch genannt werden, müssen sich voraussichtlich im Sommer dem Gericht in Italien stellen. Sonst riskieren sie die Auslieferung. Aber Klemp sagt: «Wir haben nichts Unrechtes getan und weder See- noch internationales Recht verletzt. Auf der Anklagebank sitzt nur die Solidarität.» Das Schlimmste für Klemp wäre nicht einmal Gefängnis. Das Schlimmste sei jetzt schon passiert: «Das solidarische Handeln für Menschen in Seenot ist kriminalisiert.» Klemp wusste von Anfang an, dass ihr Engagement poli-

tisch brisant war. Sie wusste, dass es vielen Rechten und Reaktionären ein Dorn im Auge ist und dass diese versuchen würden, sie und alle anderen Seenotretter nach Kräften zu behindern. «Dass es aber so weit kommt, hätte ich nicht erwartet. Überrascht

«Es soll in Italien ein Schauprozess werden, um alle Helferinnen abzuschrecken.»

KAPITÄNIN PIA KLEMP

hat es mich allerdings auch nicht.» Das Kalkül der Abschottungspolitik und die Verteufelung von humanitär engagierten Leuten sei absehbar gewesen. Die Juventa-Crew hofft nun auf einen Freispruch. Das wäre ein positives Signal, ein Sieg der Solidarität über eine unmenschliche Praxis. Die andauert: Nach Angaben des UNHCR starben letztes Jahr im Schnitt jeden Tag sechs Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren.

Rettungsschiff «Juventa»: 14 000 Flüchtlinge vor dem Tod gerettet

Im Sommer 2016 erwarb die deutsche Initiative «Jugend rettet» mit Crowdfunding-Geldern einen alten holländischen Fischkutter und machte ihn für Rettungsaktionen im Mittelmeer seetüchtig. Schon wenig später lief die «Juventa» von Malta aus und holte schiffbrüchige Flüchtlinge vor der libyschen Küste aus den Fluten. Die 13köpfige Crew führte bis Sommer 2017 acht Missionen durch. Rund 14 000 Flüchtlinge verdanken ihr das Leben. Ohne die «Juventa» wären sie ertrunken – wie Tausende andere, die kein Glück hatten. Pia Klemp war anderthalb Monate Kapitänin des Schiffes. Dann schlug der italienische Staat zu. Er beschlagnahmte es im August 2018 auf der Insel Lampedusa, auch alle Laptops und Telefone. Seither sitzt das Schiff dort fest, und die Crew muss eine Anklage befürchten. (rh)

Grüninger-Preis: Für Mut und Solidarität

Paul Grüninger rettete Hunderten jüdischen Flüchtlingen das Leben. Und musste dafür büssen.

RALPH HUG

1938 spitzte sich die Lage zu. Jüdische Flüchtlinge standen vor der Schweizer Grenze. Sie flohen vor Hitler, der ihnen mit der Vernichtung drohte. Doch die Schweiz wollte sie nicht hereinlassen. Das konnte Paul Grüninger nicht mit ansehen. Der St. Galler Polizeichef fand, man dürfe Verfolgte nicht an der Grenze abweisen, Gesetze hin oder her: «Das geht schon aus Erwägungen der Menschlichkeit nicht.» Mit einem administrativen Trick rettete Grüninger Hunderten von jüdischen Flüchtlingen das Leben. Wie viele es waren, weiss niemand. Dafür musste er büssen: Der Polizeihauptmann wurde entlassen und verurteilt. Bis zu seinem Tod 1972 war er zu einem Leben in ärmlichen Verhältnissen gezwungen.

REITER IN DER NOT. Doch Grüninger schrieb in Diepoldsau SG Weltgeschichte. Bei diesem Rheintaler Dorf kamen die Flüchtlinge damals über die Grenze. Jetzt erinnert der Name einer Brücke an Grüninger. Heute ist der Polizeihauptmann rehabilitiert. Er ist kein Gesetzesbrecher mehr, sondern ein Held der Menschlichkeit, der nur seinem Gewissen folgte. Das kam allerdings nicht von selbst. Paul Rechsteiner setzte 1995 erst die juristische und 1998 auch die politische Rehabilitation durch – gegen grosse Widerstände. Denn viele wollten die Schuld nicht sehen, welche die Schweiz mit



MUTIG: Paul Grüninger bewahrte Hunderte Juden vor dem Tod, 1939. FOTO: ZVG

ihrer «Das Boot ist voll»-Politik vor und im Zweiten Weltkrieg auf sich geladen hatte. Lieber kriminalisierte man einen Flüchtlingsretter.

TRAURIGE WIEDERHOLUNG. Der Kanton St. Gallen zahlte den Grüninger-Nachkommen eine Wiedergutmachung. Mit diesem Geld wurde die Grüninger-Stiftung errichtet. Alle drei Jahre ehrt sie nun Leute und Organisationen, die sich durch besonderen Mut und besondere Menschlichkeit auszeichnen. Wie dieses Jahr die Crew der «Juventa» unter Kapitänin Pia Klemp. Sie rettete im Mittelmeer Tausende von Flüchtlingen vor dem Ertrinken. Genau wie Grüninger werden diese couragierten Menschen aus Berlin nun kriminalisiert. Und zwar durch Matteo Salvini, den fremdenfeindlichen Innenminister Italiens. Sie hätten «Beihilfe zur illegalen Einwanderung» geleistet, so der absurde Vorwurf. Die Geschichte scheint sich zu wiederholen. Doch sie darf nicht wieder so enden wie einst, nämlich in Krieg und Zerstörung. Deshalb setzt der Grüninger-Preis ein wichtiges politisches Signal gegen Abschottung und menschenfeindliche Politik.



Myriam Muff von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Weihnachtsgeld: Bekomme ich die Gratifikation trotz Kündigung?

Meine Firma hat mir per Ende Juni gekündigt. Ich habe während 17 Jahren dort gearbeitet. Im Dezember habe ich immer ein Weihnachtsgeld erhalten. In meinem Arbeitsvertrag und den dazugehörigen Reglementen steht zu diesem Thema nichts, einen Gesamtarbeitsvertrag gibt es nicht. Auf der Abrechnung für das Weihnachtsgeld stand immer, dass das Weihnachtsgeld freiwillig erfolge und keine zukünftige Zahlungsverpflichtung darstelle. Habe ich nach diesen vielen Anstellungsjahren Anspruch auf das halbe Weihnachtsgeld?

MYRIAM MUFF: Nein. Das Weihnachtsgeld ist eine klassische Gratifikation. Das heisst, eine Sondervergütung bei bestimmten Anlässen wie eben Weihnachten oder dem Abschluss des Geschäftsjahres. In Ihrem Fall endete das Arbeitsverhältnis vor Weihnachten, und deshalb haben Sie keinen Anspruch auf das Weihnachtsgeld. Nur wenn die Sonderzahlung zwischen den Mitarbeitenden und der Firma vereinbart wurde, besteht gemäss Obligationenrecht ein Anspruch auf einen Teil der Sondervergütung. Wurde nichts vereinbart, ist sie nur dann geschuldet, wenn die Firma die Gratifikation während mindestens dreier Jahre ununterbrochen und voraussetzungslos bezahlte. Dies ist bei Ihnen nicht der Fall, da das Weihnachtsgeld stets ausdrücklich auf freiwilliger Basis und ohne zukünftige Zahlungsverpflichtung erfolgte.

Im Ausland: Wie bin ich bei Unfall oder bei Krankheit versichert?

Nachdem ich auf Ende dieses Monats meine Vollzeitstelle gekündigt habe, werde ich vier Monate reisen. Für die Zeit danach habe ich bereits wieder eine Stelle. Da ich oft in ferne Länder reise, habe ich für den Fall einer Krankheit eine spezielle Reiseversicherung abgeschlossen. Wie sieht es aus, wenn ich einen Unfall mache? Bin ich dann über meine bisherige Unfallversicherung versichert?

MYRIAM MUFF: Nein. Über Ihre bisherige Vollzeitstelle sind Sie obligatorisch bis 31 Tage ab dem letzten Arbeitstag gegen Nichtberufsunfälle versichert. Danach geniessen Sie keine Unfaldeckung mehr. Um Ihren Versicherungsschutz um bis zu sechs weitere Monate zu verlängern, können Sie nahtlos eine sogenannte Abredeversicherung bei der Suva abschliessen. Damit sind Sie nicht nur versichert, wenn Sie in der Schweiz einen ausserberuflichen Unfall erleiden, sondern auch auf Ferienreisen im Ausland, und zwar weltweit. Zu den Leistungen gehören beispielsweise die medizinische Behandlung, Bergungs- und Rettungsmassnahmen sowie medizinisch notwendige Reisen und Transporte. Wichtig: Die Abredeversicherung müssen Sie vor dem Ende der obligatorischen Nichtberufsunfallversicherung abschliessen und bezahlen (CHF 45.– pro Monat). Sie kann nicht gekündigt werden. Deshalb empfiehlt es sich, sie nur für die benötigte Zeitdauer abzuschliessen. In Ihrem Fall also bis vor Antritt Ihrer neuen Stelle. Danach sind Sie wieder über Ihren neuen Arbeitgeber obligatorisch versichert, und zwar nicht nur für Berufsunfälle, sondern auch für Nichtberufsunfälle, falls Sie wieder mehr als 8 Stunden pro Woche arbeiten.

Geschäftliche Anrufe und Mails ausserhalb der Arbeitszeit

«Und tschüss – ich bin dann

Um neun Uhr abends hat der Chef noch eine Frage, und um elf schickt er ein Memo zur Sitzung von morgen früh. «Bitte gleich lesen – wichtig!» Gaats no?

MARTIN JAKOB

Warum hat die Grossmutter so grosse Ohren? Richtig: Damit sie Sie besser hören kann. Und wozu haben Sie ein Smartphone? Damit die Firma Sie jederzeit anrufen und anmailen darf. Falsch! Und zum Glück so wenig wahr wie das Märchen vom Rotkäppchen und dem Wolf.

Sie sind zwar praktisch, funktional und komfortabel, die mobilen Kommunikationsgeräte und das Internet. Kaum jemand will heute noch privat ohne sie auskommen, und für viele sind Smartphone, Tablet oder Laptop auch beruflich unabdingbar geworden. Doch sie haben eine Entwicklung gefördert, die bedenklich ist: Arbeitszeit und Freizeit lassen sich immer schlechter voneinander trennen. Auf dem Smartphone sammeln sich neben den privaten auch die geschäftlichen Mails, und viele Leute verwenden für private Anrufe das gleiche Mobilgerät wie für geschäftliche. Das ist praktisch, und manche Firmen fördern das zusätzlich, indem sie ihren Angestellten ein Smartphone kostenlos auch zum privaten Gebrauch zur Verfügung stellen – durchaus mit Hintergedanken: Da kennt das Geschäft ja schon mal die Nummer...

Grenzen zwischen Arbeits- und Freizeit sind wichtig.

stellen – durchaus mit Hintergedanken: Da kennt das Geschäft ja schon mal die Nummer...

RUHEZEIT IST GESETZ

Der Vormarsch der digitalen Arbeitsmittel trägt die Gefahr einer Verlängerung der Arbeitszeiten in sich und begünstigt die Entgrenzung zwischen privater und beruflicher Welt. Arbeitsmediziner und -psychologen sind sich einig: Diese Entgrenzung ist gefährlich für die Gesundheit, weil sie die Erholung in den freien Zeiten stört. Einmal muss Ruhe sein! Und tatsächlich



WORKTIPP

AUCH IM HOMEOFFICE

Die saubere zeitliche Trennung von Arbeit und Freizeit fällt im Homeoffice besonders schwer. Umso wichtiger, klare Grenzen zu ziehen. Darum haben Sie auch als Beschäftigte im Homeoffice das Recht auf Feierabend. Ziehen Sie nach Arbeitsschluss den Stecker!

RICHTIG ABSCHALTEN: Das Handy aus, die Mailbox zu: Jetzt hab ich frei! FOTO: ISTOCK

ist diese Ruhe gesetzlich vorgeschrieben. Als Arbeitnehmende haben Sie gemäss dem Arbeitsgesetz Anspruch auf eine tägliche Ruhezeit von elf aufeinanderfolgenden Stunden. In Ihrer Freizeit und erst recht in der Ruhephase müssen Sie Anrufe aus dem Geschäft grundsätzlich nicht entgegennehmen und dürfen E-Mails unbeachtet lassen. Was schlicht bedeutet, dass Ihre Firma Ihre Freizeit zu respektieren hat. Davon ausgenommen sind Notfälle: Wenn sich in der Kantine die ausser Ihnen einzige Köchin unverhofft krank meldet, darf die Firma schon anrufen und fragen, ob Sie trotz Ihrem freien Tag einspringen könnten.

Dasselbe gilt übrigens während krankheitsbedingter Absenzen. Sorgen Sie aber in diesen beiden Fällen für Abmeldungen bei Ihren Mails und auf Ihrem Mobile, wenn Sie mehr als zwei Arbeitstage wegbleiben. Und geben Sie nach Bedarf auch bekannt, wer Sie in Ihrer Abwesenheit vertritt.

WEISUNG REICHT NICHT

Aber was tun, wenn die Firma eine Weisung erlässt, Erreichbarkeit nach Feierabend gehöre zur Firmenkultur, sei betrieblich notwendig und werde von allen erwartet? Dann setzen Sie sich – am besten mit Unterstützung der Gewerkschaft – zur Wehr: Weisungen, die so einschneidend ins Privatleben eingreifen, sind nur zulässig, wenn im Arbeitsvertrag vorgesehen beziehungsweise mit Ihrem Einverständnis. Bevor Sie

dieses Einverständnis geben, sollten der Zweck, die Häufigkeit und die Entlohnung für Ihre Erreichbarkeit und die Arbeiten ausserhalb der Arbeitszeit geklärt sein. Denn wenn Sie in der Freizeit geschäftliche Mails bearbeiten oder am Telefon Auskünfte geben, ist das ja eine Arbeit so gut wie jene, die Sie während der ordentlichen Arbeitszeit leisten. Und auch in vertraglichen Vereinbarungen darf Ihre Firma die Vorschriften des Arbeitsgesetzes zu den Ruhezeiten nicht unterlaufen.

ANSPRUCH AUF BEZAHLUNG

Nur – wie bemisst sich die Zeit, die Sie für geschäftliches Mailen und Telefonieren ausserhalb der Norm aufbringen? Das Arbeitsgesetz definiert Arbeitszeit als jene Zeit, «während deren sich der Arbeitnehmer oder die Arbeitnehmerin zur Verfügung des Arbeitgebers zu

Küchenkräuter selber ziehen

Ihre Lieblingsgewürze – vom Balkon

Selbstgezogene Gewürze sind die schmackhafte Alternative zum Industriekraut aus dem Gläsli oder zu Schnittware aus dem Plasticbeutel. Und Freude macht das Gärtnern auch!



ROSMARIN: Der Sonnenhungrige.

MARTIN JAKOB

Vielleicht haben Sie schon mal getrockneten Basilikum aus dem Glas probiert. Dann wissen Sie: schmeckt ganz leicht bitter – und nach Papier. Und wird auch nicht besser, wenn Sie ihn an die Salatsauce geben. Da kaufen Sie doch lieber den frischen Basilikum im Plasticbeutel («Schau mal,

heute kommt er aus Kenia!), bezahlen dafür meist über zwei Franken, garnieren Ihren Sugo mit einem Drittel der Portion und staunen dann, wie schnell der Rest verdirbt, wenn Sie das heikle Pflänzchen nicht aufwendig konservieren.

Deshalb führt der Königsweg zum Königskraut (so nennt man den Basilikum nämlich auch) übers eigene Gewürztöpfchen oder Kräuterkistchen. Also schnell im Supermarkt ein Basilikumtöpfchen gekauft, auf den Balkon gestellt und ein bisschen gegossen ab und zu, und

schon sind Sie eine Saison lang versorgt. Sind Sie das wirklich? Nur, wenn Sie Ihrem Basilikum etwas Pflege gönnen: Meist sind die gekauften Töpfchen viel zu eng bepflanzt, und die einzelnen Pflanzen hungern sich gegenseitig aus, wenn Sie sie nicht umtopfen oder mindestens die schwächeren Triebe entfernen. Auch ist Basilikum anfällig auf Pilze und verträgt kalte Nächte nicht.

Aber keine Angst, nicht jedes Gewürzkraut



PETERLI: Nicht zu viel Wasser geben!

ist so heikel wie Basilikum. Ein Rosmarin zum Beispiel ist robust und unkompliziert zu halten.

Beachten sollten Sie aber auf jeden Fall ein paar Dinge:

- **Licht und Schatten:** Verschiedene Kräuter haben verschiedene Vorlieben und bevorzugen unterschiedliche Plätze. Petersilie und Schnittlauch zum Beispiel mögen Schatten. Thymian, Rosmarin und Oregano hingegen stehen gerne in der Sonne – so sind sie es als mediterrane Gewächse schliesslich gewohnt. Die unterschiedlichen Ansprüche sprechen jedenfalls dagegen, sämtliche Gewürze in einem einzigen Kistchen oder in einem der modischen Gewürzwagen zu halten.
- **Hunger und Durst:** Unterschiede gibt's auch, was die Ansprüche an die Gartenerde und

mal offline»



halten hat. Also: Arbeitszeit ist nicht nur die Zeit, die Sie im Betrieb oder unterwegs im Auftrag der Firma verbringen, sondern kann auch zu Hause anfallen und ist dann zu entlohnen. Art und Höhe dieses Lohns sind vertraglich zu vereinbaren. Zudem zählt zur Arbeitszeit nicht nur jene Zeit, in der Sie etwas tun, sondern auch jene, in der Sie in Ihrer Freizeit nichts Vernünftiges anfangen können, weil Sie sich für die Firma auf Abruf verfügbar halten müssen. Dann gilt die Zeit zwischen den Anrufen oder Mails als Bereitschaftszeit, die mindestens zu einem reduzierten Satz entlohnt werden muss. So hat das Bundesgericht entschieden. Noch-

Geschäftliche Mails und Anrufe in der Freizeit sind Arbeitszeit.

mal anders verhält es sich, wenn Sie Pikettdienst leisten: Diese Form des Bereitschaftsdienstes verpflichtet Sie ebenfalls zur Erreichbarkeit, ist aber gesetzlich klar geregelt (siehe Text rechts).

SELBSTDISZIPLIN
Ständig online sein – das gehört für manche Menschen heute zum Lebensstil. Warum nicht nach Feierabend in der Gartenbeiz schnell die Mails aus der Firma checken und der Lotti mitteilen, was man von ihrem neuesten Vorschlag zur Abteilungsorganisation halte? Oder dem Urs schon mal die Frage beantworten, wo er das Ersatzteil bestellen könne? Verboten ist das nicht, aber auch nicht zu empfehlen: Freizeit ist dazu da, Körper und Seele Erholung zu verschaffen. Genießen Sie die gesellige Zeit unter dem Lindenbaum – morgen ist auch noch ein Tag!

SELBSTDISZIPLIN

Ständig online sein – das gehört für manche Menschen heute zum Lebensstil. Warum nicht nach Feierabend in der Gartenbeiz schnell die Mails aus der Firma checken und der Lotti mitteilen, was man von ihrem neuesten Vorschlag zur Abteilungsorganisation halte? Oder dem Urs schon mal die Frage beantworten, wo er das Ersatzteil bestellen könne? Verboten ist das nicht, aber auch nicht zu empfehlen: Freizeit ist dazu da, Körper und Seele Erholung zu verschaffen. Genießen Sie die gesellige Zeit unter dem Lindenbaum – morgen ist auch noch ein Tag!

PIKETTDIENST

KLARE REGELN

Die Pflicht zur Erreichbarkeit gibt es im Arbeitsleben schon lange: zum Beispiel für Haus-techniker, die ausrücken müssen, wenn die Heizung mitten im Winter schlappmacht, für Feuerwehrleute und andere Arbeitskräfte, die in Notfällen oder zur Behebung von Störungen ausrücken müssen. Weil die Pflicht, bei Bedarf sofort zur Verfügung zu stehen, einen massiven Eingriff ins Privatleben bedeutet und die Gesundheit stark beeinträchtigen kann, ist der Pikettdienst in Verordnungen zum Arbeitsgesetz detailliert geregelt.

SIEBEN TAGE. Die Bestimmungen können sich zwar je nach Betriebs- und Berufsgruppen unterscheiden, schützen die Arbeitnehmenden aber in jedem Fall vor allzu hoher Beanspruchung. So dürfen Mitarbeitende in einem Zeitraum von vier Wochen an höchstens sieben Tagen auf Pikett sein, die Ruhezeiten vor und nach dem Piketteinsatz müssen zusammen elf Stunden betragen, und schwangere Frauen und stillende Mütter dürfen gar nicht zum Pikettdienst aufgeboten werden. Ist der Pikettdienst im Betrieb zu leisten, ist die gesamte Präsenzzeit zu entschädigen, bei Pikett ausserhalb des Betriebs gilt nur die Einsatzzeit inklusive Wegzeit als Arbeitszeit. Die Warte- oder Bereitschaftszeit ist dennoch mindestens zu einem tieferen Ansatz zu entschädigen.

WAS GILT. Entspricht die Bereitschaftspflicht, die Ihnen Ihre Firma aufbürdet, möglicherweise einem Pikettdienst? Dann sollten Sie Ihre Rechte gemäss Arbeitsgesetz einfordern. Siehe dazu das Merkblatt zum Pikettdienst vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco): rebrand.ly/pikett. (jk)

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».



LÄSTIG: So praktisch Whatsapp sein mag – die Telefonfunktion kann auch nervig werden, wenn sich unerwünschte Anrufe häufen. FOTO: PIXABAY

So blockieren Sie Anrufe in Whatsapp

Es ist ein Ärger: Im normalen Telefonnetz kommt es immer wieder vor, dass man von unbekanntem Anrufern belästigt wird, etwa von Versicherungsverkäufern oder Marktforschungsinstituten. Das passiert auch über die Nachrichten-App Whatsapp, mit der sich kostenlos telefonieren lässt.

Ungewollte Anrufer oder Nachrichtenschreiberinnen können Sie jedoch leicht blockieren. Das geht auf verschiedene Arten: Ist Ihnen die Telefonnummer unbekannt, bietet Whatsapp bei Android-Handys direkt in der Nachricht an, die Person zu blockieren. Bei iPhones müssen Sie oben auf die Telefonnummer tippen, dann unten auf «Kontakt blockieren».

Ist die Nummer dagegen bekannt und in Ihrem Handy-Adressbuch gespeichert, gehen Sie bei Android und iPhone in die Einstellungen von Whatsapp. Wählen Sie dort unter «Account» den Menüpunkt «Datenschutz». Hier sehen Sie, welche Kontakte bereits blockiert sind. Und Sie können weitere Kontakte blockieren.

RÜCKGÄNGIG. Wenn Sie das später rückgängig machen wollen, geht das am selben Ort. Der schnellere Weg: Schreiben Sie der betreffenden Person eine Nachricht. Whatsapp fragt dann nach, ob Sie den Kontakt wieder freigeben wollen. MARC MAIR-NOACK

Unerwünschte Anrufer lassen sich einfach sperren und wieder entsperren.

in den Kochtopf



SCHMITTLAUCH: Gedeiht im Halbschatten.

ans Giessen be- trifft. Die einen Kräuter bevorzugen nährstoffreiche, die andern nährstoffarme Erde, und auch der Wasserbedarf ist unterschiedlich.

● **Gute Partner:** Gewürzkräuter mit ähnlichen Ansprüchen an Sonne, Erde und Nässe können

Zum Düngen eignen sich auch Grünabfälle aus dem Haushalt.

Sie gut zusammen in einem Kistchen halten – zum Beispiel Kerbel, Schnittlauch und Petersilie. Einjährige und mehrjährige Pflanzen sollten Sie aber

voneinander getrennt halten. Und manche vertragen sich partout nicht miteinander, etwa Basilikum mit Melisse, Kamille mit Pfefferminze oder Majoran mit Thymian.

● **Düngen mit Mass:** Kräuter mögen Nährstoffnachschub durchaus. Statt Dünger in der Flasche zu kaufen, können Sie aber auch Grünabfälle aus der Küche verwenden. Zum Beispiel Kaffeesatz, Teeaufguss aus bereits verwendeten Teebeuteln, Bananenschalen, Eierschalen, oder ungesalzenes Kartoffelwasser. Ein bisschen Aufwand ist also schon nötig, um die Ge-

schmacksvielfalt frischer Kräuter im Haus zu haben. Aber dann schlürfen Sie mit Wonne den eigenen Melissentee, mampfen Ihre feinen Rosmarinkartoffeln und freuen sich am Fischfilet an Dillsauce. Wie haben Sie nur so lange aufs eigene Gewürzbeet verzichten können!



BASILIKUM: Kalte Nächte verträgt er gar nicht. FOTOS: ISTOCK

KNOW-HOW

JEDE MENGE GUTE TIPPS

Das Basiswissen, wie eine Kräuterpflanze zu halten sei, ist bei gekauftem Saatgut oder Pflanzentöpfchen auf den Etiketten nachzulesen. Wer «Balkonkräuter» oder ähnliche Begriffe googelt, findet im Internet jede Menge gute Tipps. Die besten Tricks, den heiklen Basilikum bei Laune zu halten, haben wir hier gefunden: rebrand.ly/basilikum

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät: Muss ich Arbeitskleider selber bezahlen?

Ich beginne meine Lehre als Fachmann Hauswirtschaft in einem privaten Pflegeheim. Nun hat mir die Chefin ein Geschäft empfohlen, bei dem ich meine Arbeitskleidung beziehen könnte, was mich so einiges kosten würde. Muss ich die Kleider wirklich selber bezahlen?

« Grundsätzlich gilt, dass die Firma ihre Mitarbeitenden mit dem Material auszurüsten hat, das diese zur Arbeit benötigen (Art. 327 OR). Es sei denn, im Arbeitsvertrag werde ausdrücklich vereinbart, dass die Mitarbeitenden für die Kosten der Berufskleidung aufzu-



Kathrin Ziltener, Jugendsekretärin.

kommen hätten. Zudem gibt es ein paar wenige Berufsgruppen, bei denen es üblich ist, dass die Mitarbeitenden die Berufskleidung selber kaufen. Die Hauswirtschaft gehört jedoch nicht dazu. Wenn in deinem Arbeitsvertrag nichts darüber steht, kommt es darauf an, ob es sich um Kleider handelt, die du auch privat tragen kannst. Je mehr Vorschriften die Firma in Bezug auf deine Kleidung macht, desto mehr Kosten muss sie übernehmen. Wenn die Vorgaben deine Kleiderwahl ganz klar einschränken und du zwingend neue und teure Dienstkleidung anschaffen musst, ist die Firma verpflichtet, dir die Arbeitskleidung zu stellen.»

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch

workrätsel

Gewinnen Sie 500 Franken in Reka-Checks!



Über 9000 Ferien- und Freizeitanbieter werden günstiger durch Reka-Checks: ÖV, Reisebüros, Hotels, Restaurants, Kinos, Tankstellen, Freizeitparks u. v. m. www.reka-guide.ch

LÖSUNG UND GEWINNERIN AUS NR. 8
Das Lösungswort lautete: **FRUEHLING**

G	H	M	T	J												
L	O	E	T	L	A	M	P	E	A	B	B	I	E	G	E	N
A	H	V	E	L	A	S	T	P	O	L	K	A	N			
S	O	N	I	N	R	P	R	A	E	M	I	E	N			
A	E	I	G	E	N	T	O	R	E	L	A	S	S	O	B	B
M	U	C	K	S	N	O	N	L	A	S	S	O	B	B		
G	E	A	S	T	R	O	L	N	C	R	O	S	T			
S	E	I	L	E	R	R	E	M	O	R	H	K	O	S	T	
S	M	A	T	U	R	M	U	R	L	B	H					
F	E	M	E	F	H	O	M	E	O	F	F	I	C	E	M	
R	A	P	A	G	E	A	G	E	M	R	T	L				
B	R	E	X	I	T	B	E	A	T	A	M	I				
O	E	L	N	M	I	L	Z	E	I	S	T	A	B			
G	E	G	L	I	A	E	R	A	T	A	M	A	R	A		
T	A	G	U	N	G	U	N	M	A	I	S	T	A	R		

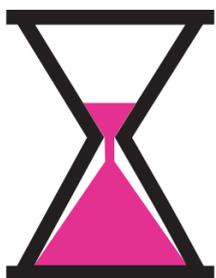
DEN PREIS, eine Übernachtung im Hotel Freienhof in Thun, hat gewonnen: Maria Egger, Subingen SO. Herzlichen Glückwunsch!

grobe Ungezogenheit	südafrik. Partei	Grafikformat	Nachtvögel	Reitersitz	Science-Fiction-Serie: Star...	Tonbezeichnung	Bürger eines Königreichs	Datenstrom	eh. europ. Schnellzug	Felsenklippen	früherer Name Tokyos	Teil e. menschl. Organs	Hoteldiener
grosse Krebstiere							zielgerichtet, eifrig					6	Dingwort, Substantiv
dicht zusammen		Schar, Haufen (militär.)				3	höchster span. Berg				9	Flüssigkeitsmass (Abk.)	
Zürcher Fussballclub		US-Schauspieler (Brad)	Vorn. v. Lemper			Titulierung	Verbeserungen des Bestehenden					1	
Getreideschalen	Postversandstück			4				Rechtsmittel bei Prozessen	pausenlos				Kreuzinschrift
			hinterhältig, gemein		rundes Relief		Politsendung auf SRF	2				kurz für: in dem	
zentral	Augenflüssigkeit	Wortteil: extrem					Währung in Polen			Kose-name e. eh. span. Königin			Saugwurm
				Berner Nebenfluss der Aare			Umkippen eines Schiffs						
Am 19. Mai wird darüber abgestimmt (Abk.)	Anhäng. d. chin. Volksreligion	brit. Währung (dt.)			stickig, verbraucht		3./4. Fall von wir		5		US-Soldat (ugs.)		seltenste Blutgruppe
			volltönend	schweiz. Staatsform									auf Wiedersehen! (frz.)
Andengeier		grosser Getreidespeicher			das Wesentliche		Filmgrösse	Flächenmass Mz.		Kälberferment			
				US-News-Sender (Abk.)	kleine Inseln vor Florida			internat. Presseagentur (Abk.)		dt. Fussballclub	griech. Buchstabe		Teil des Arzttitels (Abk.)
		frz. Artikel	Vorgesetzter				Treffer beim Fussball			Mitorgan. Frauenstreik 1991 (Dore)	7		
persönl. Fürwort	Gehalt, Einkommen				Hauptstadt v. Lettland			Kaltgetränk					
Papstkronen					Abk.: Nitroglycerin		Börsenansturm			Kanton Waadt (frz.)			

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach 272, 3000 Bern 15, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 24. Mai 2019

INSERAT



Der Countdown läuft:

Noch knapp 1 Monat bis zum Frauen*streik

Ob im Detailhandel, in der Pflege oder in der Industrie:

Die Frauen sind bereit für den Frauen*streik und -aktionstag vom 14. Juni.

Mitmachen und informiert bleiben: Frau-streikt.ch



WORKLESERFOTO



Alle dabei am 1. Mai

WANN 1. Mai 2019
WO Zürich
WAS 16 000 Menschen nahmen an der 1.-Mai-Demo in Zürich teil, der ganz im Zeichen des Frauenstreiks stand.
Eingesandt von Hanna Salzmann, Zürich

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKFRAGE VOM 26.4.2019

Können wir dem gelben Riesen jetzt wieder trauen?

NOCH IMMER SCHÄBIG!
 Man sollte weder dem gelben Riesen noch Meyers SBB trauen, denn es sind in beiden «Konzernen» nach wie vor diese schäbigen, destruktiven, neoliberalen Manager am Werk – gegen die Kunden und Angestellten, für sinnlose Profite, Boni und Abbau. Post, Bahn, Telekommunikation gehören uns, dem Gemeinwesen Schweiz! Mehr Postfilialen und SBB-Schaltpersonal!

PAUL DORN, ZÜRICH

BRAVO!
 Gratulation an die Kolleginnen und Kollegen für den Erfolg bei den Postauto-Arbeitsbedingungen. Unglaublich, was sich die «Manager» in den vergangenen Jahren bei der einst anständigen Arbeitgeberin Post erlaubt haben und in gewissen Bereichen immer noch erlauben!

PETER BIGLER, BURGDORF BE

ES STINKT!
 SBB und PTT waren mal Vorzeigeunternehmen im Volksbesitz. Was ja eigentlich logisch ist, weil beide Unternehmen Infrastruktur sind und deshalb in den Besitz der Allgemeinheit gehören. Doch seit der neoliberale Irrglauben auch in der Schweiz politische Mehrheiten fand, «managerlen» sie übelst herum. Aktuell bei den SBB: Bigboss Meyer ertrötelt sich einen Lohn von über einer Million Franken – und will den WC-Reinigenden die minime Sch...job-Zulage streichen. Pfui Teufel!

BEA RÖTHELI, PER MAIL

WORKPOST

WORK 8 / 26.4.2019: KLIMA-NOTSTAND: WER SEIN GESCHIRR NOCH VON HAND ABWÄSCHT, IST EIN GLETSCHER-MÖRDER

Lieber von Hand

Schön und gut haben Sie die effizienteste Abwaschmaschine vorgestellt. Trotzdem wohnen die meisten Schweizerinnen und Schweizer in einer Mietwohnung, wo meistens nicht allzu gut auf Effizienz und Einsparungen geschaut wird, da der Mieter oder die Mieterin sowieso bezahlen muss. Dazu kommt, dass in dem Artikel kein Wort darüber verloren wird, wie viel Wasser bei der

manuellen Vorspülung verbraucht wird. So wird die effizienteste Abwaschmaschine zum Nuller für die Umwelt. In meinem Fall wasche ich meist von Hand ab. Ich habe genug zugeschaut wie vorgespült wird für die Einlegung in die Abwaschmaschine. Ich benötige nicht mal die Hälfte des Wassers für das Handabwaschen.

ANGÉLIQUE HERTIG, PER MAIL

System Change jetzt!

Schon die Wortwahl Gletschermörder und Umweltgrüsel finde ich unange-

bracht. Die meisten Menschen, die noch keinen Geschirrspüler besitzen, haben zu wenig Geld oder eine zu kleine Küche. Der Artikel beschimpft also die Ärmsten. Schiesst bitte nicht auf Einzelpersonen, denn Eigenverantwortung verzögert die Katastrophe nur ein wenig. Also: System Change not Climate Change. Der Verfasser des Artikels zitiert firmeneigene Angaben über optionale Funktionen – die Autoindustrie lässt grüssen. Glaubt er ernsthaft, dass wir die Klimakrise mit Geschirrspülern lösen können? Natürlich habe ich einen effizienten Spüler, aber es gibt jede Menge wichtigere Themen. Da kaum jemand Gasexpansionsmotoren kennt, wäre das ein gutes Thema.

FRANK SPILLING, PER MAIL

WORK 8 / 26.4.2019: EIN ZIEGLER IST EIN ZIEGLER IST EIN ZIEGLER

Bitte stören!

Gratulation zum 85. Geburtstag, Jean Ziegler! Halte daran fest, dass der Tod nichts bringt, wir brauchen dich noch! Und Dank an work, dass ihr uns bisher 15 Jahre lang die Lektüre der Kolumne «La suisse existe» er möglicht habt. Danke auch an Marie-Josée Kuhn, für die brillante Würdigung des engagierten Schaffens, Wirkens und Verzweifels von Jean Ziegler. Wir sollten alle dazu beitragen «den Gottesdienst zu stören».

BENI GNOS, ALLSCHWIL BL

WORK 8 / 26.4.2019: SO STARBEN BHUDDABHAI UND ALI AM STRAND VON ALANG

Solidarität

In Europa können sich die Lohnabhängigen – je nach Land unterschiedlich erfolgreich – für ihre Anliegen einsetzen. Die Arbeiterinnen und Arbeiter im globalen Süden können unsere tätige Solidarität. Je mehr sie unter Druck sind, desto mehr geraten wir unter Druck.

MARTHA WALTHER-BERNASCONI PER MAIL

Erschütternd

Die Reportage über die Zustände in den Abwrackwerften in Asien ist eindrücklich – und erschreckend. Danke, dass work in der Schweiz immer wieder auch über die internationalen Zustände in der Arbeitswelt berichtet. Denn die Herren des Kapitals vollbringen dort noch grössere Sauereien als dort, wo ihnen starke Gewerkschaften auf die Finger schauen.

BRUNO HEIMBACHNER PER MAIL

workquiz ?

Wie gut sind Sie?

1. Wie heisst der Lohndumper, der nur wegen der Hartnäckigkeit der Unia jetzt mit internationalem Haftbefehl gesucht wird?

- a) Kurt Goger
- b) Kurt Gorer
- c) Kurt Gofer
- d) Kurt Goxer

2. Um welche Summe geht es in diesem Lohndumpingfall schätzungsweise mindestens?

- a) 6000 Franken
- b) 60 000 Franken
- c) 600 000 Franken
- d) 6 000 000 Franken

3. Welche Berufsgruppe ist am Frauenstreik nicht vertreten?

- a) Hebammen
- b) Katechetinnen
- c) Milliarden-Erbinnen
- d) Fotografinnen



FOTO: SABINE WUNDERLIN/BLICK

4. Die Arbeitsbedingungen für Temporäre sind grundsätzlich:

- a) prima
- b) prekär
- c) lila
- d) leckär

Die Antworten finden Sie in dieser work-Ausgabe – oder, indem Sie sich oder die Zeitung auf den Kopf stellen!

Lösungen: 1a, 2d, 3c, 4b

INSERAT

MARCH AGAINST BAYER & SYNGENTA

FÜR EINE GERECHTE UND ÖKOLOGISCHE LANDWIRTSCHAFT

Das heutige industrielle Landwirtschaftssystem verschlingt Unmengen an fossiler Energie, erodiert Böden, übernutzt und vergiftet das Grundwasser, zerstört die Biodiversität und tötet, laut UNO-Bericht, 200 000 Menschen pro Jahr durch Pestizide.

Am 18. Mai demonstrieren wir dieses Jahr wieder gegen die Macht der Agrogrosskonzerne **Bayer, Syngenta und Co.**

www.marchagainstsingenta.ch

**SAMSTAG 18. MAI 2019
 WELTWEITER AKTIONSTAG
 AB 13 UHR BARFÜSSERPLATZ,
 BASEL**





DIE FRAUEN VON VORN: Vania Alleva, Franziska Stier, Marie-Josée Kuhn, Caroline Arni, Anne Fritz und Dore Heim (v.l.).



work-Podium zum Frauenstreik von 1991 und 2019

Wir wollen & können

Auf dem von work und dem Denknetz organisierten Podium im vollen Progr-Saal in Bern diskutierten, moderiert von work-Chefredaktorin Marie-Josée Kuhn, Unia-Chefin Vania Alleva, Franziska Stier, Mitinitiantin des Feministischen Streiks Basel, Geschichtspräsidentin Caroline Arni, SGB-Kampagnenverantwortliche Frauen*streik Anne Fritz und Dore Heim, Mitorganisatorin 1991. Themen: Wie kam es zum Frauenstreik 1991, und was hat er bewirkt? Vom Women's March zu #MeToo: Was bringt die neue Frauenbewegung? Und wohin steuert der Frauenstreik 2019? Nachzusehen hier: rebrand.ly/podium-video.

FOTOS: YOSHIKO KUSANO



BUNTE REIHEN: So unterschiedlich Frauen-Biographien sind, so gemeinsam das Gefühl: «Es längt!»



UNIA-CHEFIN: Vania Alleva schilderte die wichtige Rolle der Gewerkschaften beim Kampf um die Gleichstellung der Frauen.



LÄCHELND: Jeanne Allemann, Mel Hiltbrand, Gabriela Rohner, Pia Stucki (v.l.).



LAUNIG: Anne Fritz, Hannelore Mordini, Andreas Moser und Manuela Sigrist (v.l.).



LACHEND: Regula Nyffeler, Corinne Schärer und Giovanna Jenni (v.l.).



INTERNATIONALE SOLIDARITÄT: Eine Kurdin zur Frauenfrage in der Türkei.



SPANNEND WAR'S: Mirjam Baumgartner (l.) und Andrea Mader.



LUSTIG WAR'S: Silvia Oberhänsli, Esther Widmer und Thomas Zimmermann (v.l.).



DREI VON DER DAMPFZENTRALE: Valérie, Rafael und Alessandra (v.l.).



LEGENDÄRE LISMETE: Marie-Josée Kuhn, Dore Heim und Franziska Stier montieren das einst auf der work-Redaktion zur Frauendemo vom 8. März 2017 glismete Transparent.



WIEDER DABEI: Beatrice Mazenauer (l.) und Andrea Geering.



AUCH WIEDER DABEI: Dore Heim, Barbara Weyermann und Tina Kohler (v.l.).



PROFESSORIN MIT CHEFREDAKTORIN: Claudia Honegger (l.) und Marie-Josée Kuhn.



KOLUMNISTINEN-GIPFEL: Katrin Bärtschi (l.) und Sandra Künzi.



PRACHTSKERL AUF DEM PODIUM: Bolle blieb brav.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.
Für nur Fr. 36.- im Jahr
jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
Strasse _____
PLZ/Ort _____
Telefon/E-Mail _____
work, Abodienst, Postfach 272, 3000 Bern 15. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern Postadresse Postfach 272, 3000 Bern 15 Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18 Fax 031 350 24 55 E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch Internet www.workzeitung.ch Redaktion Marie-Josée Kuhn (Chefredaktorin), mariejoseekuhn@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Patricia D'Incau, patriciadinc@workzeitung.ch; Anne-Sophie Zbinden (stv. Chefredaktorin, Produktion), annesophiezb@workzeitung.ch Mitarbeit an dieser Nummer Katrin Bärtschi, Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Ralph Hug, Martin Jakob, Chris Kelley, Jonas Komposch, Sandra Künzi, Andreas Rieger, Clemens Studer, Jean Ziegler Sekretariat Mirka Gossenbacher (Mo-Mi, Fr), verlag@workzeitung.ch Anzeigenmarketing Mirka Gossenbacher, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch Druck Tagblatt Print, Im Feld 6, 9015 St. Gallen Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.-, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.- Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9-11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch Auflage 89'669 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia